



Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebe Gemeinderäte und anwesende Personen der Verwaltung, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien und allfällige Gäste. Guten Abend beisammen. Ich eröffne hiermit die vierte und letzte Sitzung vor der grossen Sommerpause und möchte dabei zuerst noch Janina Müller ganz herzlich gratulieren, heiratete sie doch am vergangenen Samstag in Niederbipp ihren Michael. Dazu wünsche ich alles, alles Gute für den gemeinsamen Lebensweg.

(Applaus)

Die ausserordentlichen Bedingungen sind trotz den angepassten Massnahmen des Bundesrates weiterhin aktuell und es herrscht Maskenpflicht, sodass im Moment seitens des Regierungsstatthalters nichts anderes angedacht oder angesagt ist. Deshalb bitte ich Sie wie an den letzten Sitzungen den Abstand einzuhalten und während der gesamten Sitzung eine Maske zu tragen. Als Grundlage dafür gilt das Schutzkonzept, das Ihnen ja zugestellt wurde.

Wenn Sie nun auf das Podest schauen, erkennen Sie eine Lücke. André Chavanne musste sich als Stimmenzähler der SP/GL-Fraktion für die heutige Sitzung entschuldigen. Leider reichte er auch gleichzeitig aus beruflichen Gründen seinen Rücktritt aus dem Stadtrat per 30. Juni 2021 ein. Vielleicht weiss es die eine oder der andere, dass SCHOIO zurzeit sehr stark mit dem Projekt Tavola beschäftigt ist, was eben viel Zeit und Engagement erfordert. André Chavanne wird sich nun dort stark einbringen, sodass wir ihm von unserer Seite her alles Gute für das Private und die berufliche Zukunft wünschen. Die ordentliche Ersatzwahl für ihn als Stimmenzähler findet an der Sitzung vom 30. August statt. Für die heutige Sitzung wäre André ja noch im Amt, aber da er eben entschuldigt ist, muss entsprechend Art. 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates ein Tagesstimmenzähler nominiert werden. Ich hörte von der SP/GL-Fraktion, dass sich Gerhard Käser dafür zur Verfügung stellt. Ist das richtig so, Gerhard? Dann darf ich Dich bitten, hier vorne auf dem Podium Platz zu nehmen, da es ja dafür keine Wahl braucht. Besten Dank, dass Du Dich zur Verfügung stellst.

Weiter ist es ja so, dass um 21.00 Uhr der EM-Match zwischen der Schweiz und Frankreich stattfindet. Ich weiss, dass es unter den Anwesenden einige Personen gibt, die diesem Spiel entgegenfiebern. Entsprechend versuchen wir, dass diese Sitzung so effizient wie möglich ablaufen kann, sodass Sie es alle in der Hand haben, mit kurzen und prägnanten Voten dazu beizutragen, zügig vorwärts zu kommen. Wir werden vom Büro aus darauf achten, dass die Sitzung straff geführt wird und Sie am Ende noch etwas sehen von diesem Spiel.

Das Protokoll der letzten Stadtratssitzung vom 17. Mai 2021 liegt vor und ist seit dem 3. Juni 2021 auf der Webseite der Stadt Langenthal verfügbar. Ganz herzlichen Dank allen, die zum Zustandekommen beitragen.

Ich bitte nun Simone Burkhard Schneider den Appell durchzuführen:

- 36 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.
 - 3 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Somit stelle ich zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit fest. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktandenliste sowie die Akten sind wie immer auch auf der Webseite der Stadt aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen oder Ergänzungen zur Traktandenliste? Da dies nicht der Fall ist, fahren wir fort und kommen zu Traktandum Nr. 1.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

1. Protokoll der Stadtratssitzung vom 17. Mai 2021: Kenntnisnahme

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Hier geht es ja alleine um die Kenntnisnahme und das Protokoll liegt ja wie bereits erwähnt vor. Gibt es dazu Bemerkungen? Da dies nicht der Fall ist, kommen wir bereits zu Traktandum Nr. 2.

Protokollauszug an
■ Gemeinderat



2. Jahresrechnung 2020 der Stadt Langenthal: Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Hier geht es um die Genehmigung der Jahresrechnung 2020 der Stadt Langenthal. Das Eintreten ist ja kaum bestritten, zumal es sich um ein zwingendes Geschäft handelt.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Somit bitte ich Roberto Di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen um die Berichterstattung.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich würde Ihnen hiermit nun gerne das Traktandum Nr. 2 vorstellen. Wie es die Sitzungsordnung vorsieht, besteht weiterhin eine generelle Maskenpflicht und dies gilt auch während dem Reden. Bitte verzeihen Sie mir dennoch meine hier vorgenommene Lockerung.

Ich stelle Ihnen heute Abend das Jahresergebnis vom 2020 vor. Der Gesamthaushalt schloss mit einem Defizit von Fr. 759'00.00 ab, was man hier zuoberst in dieser Übersicht erkennen kann. Dies wiederum setzt sich aus dem allgemeinen, also dem steuerfinanzierten Haushalt zusammen, der ein Defizit von 1,27 Mio. Franken aufweist. Demgegenüber stehen auf der anderen Seite die Spezialfinanzierungen, die ein Plus von Fr. 510'000.00 ausweisen und zu diesem bereinigten Minus über Fr. 759'000.00 führen. In der untersten Zeile dieser Übersicht erkennen Sie die Zusammensetzung dieser Spezialfinanzierungen. Daraus ergeht, dass wir bei der Abwasserrechnung ein Plus über Fr. 968'000.00 erzielten, in den Bereichen Kehricht und Feuerwehr hingegen ein Defizit über Fr. 242'000.00, respektive Fr. 214'000.00.



Ich möchte mich nun etwas auf das Ergebnis aus dem steuerfinanzierten Haushalt fokussieren und dabei näher auf die Sonderfaktoren eingehen. Einerseits ging es hier um die Neubewertung der Liegenschaften, da die Liegenschaften nach HRM² in der Regel alle fünf Jahre dem Marktwert anzupassen sind. Man verzeichnete in den letzten Jahren generell, aber auch in der Stadt Langenthal, eine Aufwertung, was sich hier mit diesem Plus von 1,1 Mio. Franken entsprechend bemerkbar machte.

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses (steuerfinanzierter Haushalt)

Ergebnis vor Sonderfaktoren	Fr. - 2'982'649.73
Sonderfaktoren	
Neubewertung Liegenschaften FV	Fr. + 1'116'988.91
Wertberichtigungen Darlehen	Fr. - 882'000.00
Rückstellungen Steuern	Fr. - 254'000.00
Ertragsanteile an DBST (STAF)	Fr. + 341'133.70
Wertschriftenerfolg	Fr. + 1'389'938.76
Nominales Ergebnis	Fr. - 1'270'588.36
Zur Information: Nominelles Ergebnis 2019:	Fr. 0.00

Daneben nahmen wir eine Wertberichtigung in der Höhe von Fr. 882'000.00 vor, die genau genommen eine die Summe von Fr. 950'000.00 umfasste. Dabei geht es um das Darlehen gegenüber dem FC Langenthal zur Finanzierung des Kunstrasenfelds, das sich auf 1,9 Mio. Franken beläuft. Aufgrund des langfristigen Vertrags entschied der Gemeinderat, hier im Sinne der Vorsicht die Hälfte in der Höhe von Fr. 950'000.00 im Wert zu berichtigen. Da es auf der anderen Seite auch Darlehen gab, die als wertberichtigt bereits zurückbezahlt wurden, ergeben sich daraus sodann netto diese Fr. 882'000.00.

¹ HRM² = Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für Kantone und Gemeinden.



Als nächstes nahmen wir bei den Steuern eine Rückstellung von rund Fr. 254'000.00 vor, die ich dann noch etwas später erläutern werde.

Sodann werden hier Ertragsanteile an der direkten Bundessteuer aufgelistet, da der Bund im Nachgang zur im Jahr 2019 vom Volk beschlossenen Steuerreform den Kantonen und den Gemeinden gewisse Zahlungen zusprach, die die Senkung der Tarife für die juristischen Personen ausgleichen sollten. Als das Budget 2020 erstellt wurde, war dieser Faktor noch nicht bekannt, weshalb dieses Geld an dieser Stelle als ausserordentlicher Ertrag aufgeführt ist. Auch bezüglich unserer Börsenanlagenkonten wir ein positives Ergebnis verzeichnen und einen Wertschriftenenertrag erzielen, der gegenüber dem Budget rund 1,3 Mio. Franken höher ausfiel. Wenn wir dies nun alles bereinigen, so sehen wir, dass sich das nominelle Ergebnis von rund 1,27 Mio. Franken ohne Berücksichtigung der Sonderfaktoren in ein Ergebnis von - 2,982 Mio. Franken verwandelt. Vergleichen wir diese Summe mit dem für dieses Jahr budgetierten Defizit in der Höhe von rund 3,1 Mio. Franken, so lässt sich feststellen, dass sich unser budgetiertes Defizit trotz der sich im letzten Jahr anbahnenden Krise nicht anders verhielt als wie geplant und sich dadurch die Rechnung ziemlich nah am Budget bewegt.

Auf dieser Folie möchte ich zu den jeweiligen Positionen nur kurz etwas sagen. Sie sehen, dass wir bei der Abwasserrechnung im Vergleich von Budget und mit der effektiven Rechnung 2020 ein Plus über rund Fr. 545'000.00 verzeichnen. Dies lässt sich auf Mehreinnahmen bei den Anschlussgebühren zurückführen, deren Schätzung oder Budgetierung immer recht schwierig ist. Insofern können wir hier zur Kenntnis nehmen, dass es eben gegenüber den Erwartungen wesentlich mehr Anschlussgebühren gab, die man in Rechnung stellen konnte. Bei der Kehrichtbeseitigung ergab sich ein Minus von Fr. 242'000.00, sodass wir damit Fr. 143'000.00 unter Budget abschlossen. Dabei ist zu erwähnen, dass wir ja bewusst unsere Kehrichttarife tief halten, geht es dabei ja weiterhin darum, dass man eine beschlossene Tarifsenkung erst verzögert umsetzte und so geben wir einfach auf diese Art dem Langenthaler Gebührenzahler das zu viel in Rechnung gestellte Geld wieder retour. Bei der Feuerwehr erzielten wir ein Minusbetrag über Fr. 214'000.00, was fast dem Betrag entspricht, den wir im Budget entsprechend dafür vorsahen. Das ist nicht weiter überraschend, ist es dort doch auch kein Problem, weil wir innerhalb der Spezialfinanzierung Feuerwehr ja noch weiterhin einen sehr hohen Bestand aufweisen.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Ergebnisse (III) – Aufteilung und Budgetvergleich

In Schweizer Franken	Rechnung 2020	Budget 2020	Abweichung
Jahresergebnis ER Gesamthaushalt	-759'969.92	-3'006'900.00	2'246'930.08
Jahresergebnis ER Steuerfinanzierter Haushalt	-1'270'588.36	-3'119'000.00	1'848'411.64
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung	968'006.70	422'100.00	545'906.70
Jahresergebnis Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung	-242'495.42	-98'600.00	-143'895.42
Jahresergebnis der Spezialfinanzierung Feuerwehr	-214'892.84	-211'400.00	-3'492.84
Jahresergebnis gesetzliche Spezialfinanzierungen	510'618.44	112'100.00	398'518.44

Auf dieser Folie wird das Ergebnis nach dem differenzierten Ausweis gegliedert. Man sieht dabei, dass sich sowohl der Aufwand wie auch der Ertrag gegenüber dem Budget reduzierte. Allerdings fiel das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit mit einem Minus von 6,8 Mio. Franken gegenüber dem Budget doch um rund eine halbe Million Franken schlechter aus. Das heisst eigentlich, dass unsere Minderausgaben stärker ins Gewicht fielen als die Mindereinnahmen. Das

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Negative Abweichungen zum Budget (Inst. Gliederung)	Verschlechterung
Mindererträge	
■ Netto-Minderertrag Ordentliche Steuern	Fr. 1.5 Mio.
Mehraufwendungen	
■ Mehraufwand Abschreibungen	Fr. 0.6 Mio.
■ Netto-Mehraufwand Sozialhilfe	Fr. 0.4 Mio.
■ Netto-Mehraufwand Schwimmbad	Fr. 0.1 Mio.
■ Netto-Mehraufwand Schulzentrum 4	Fr. 0.1 Mio.
■ Netto-Mehraufwand Tagesschule	Fr. 0.1 Mio.

Ganze wurde danach mit dem Ergebnis aus der Finanzierung gerettet, verzeichnen wir dort doch einen Überschuss von 5,5 Mio. Franken gegenüber einem budgetierten Betrag von rund 3 Mio. Franken. Dies hängt einerseits mit der Aufwertung der Liegenschaften aus dem Finanzvermögen zusammen und andererseits ist es auch der guten Börsenentwicklung geschuldet. Das führt dazu, dass unser Defizit mit diesen rund 1,27 Mio. Franken doch einigermassen moderat ausfiel. Was sind nun die Gründe dafür?



Hier sind die wichtigsten Positionen zusammengestellt. Ich kann es vorneweg nehmen, dass uns bei den Steuereinnahmen rund 1,5 Mio. Franken fehlen, was sicherlich auch ein wenig als Zeichen für die sich anbahnende Krise gesehen werden kann. Weiter kam es zu Mehraufwendungen bei den Abschreibungen. Dies geschah bewusst aufgrund der Abschreibung des Darlehens, wie ich ja soeben ausführte. Auch die Mehraufwendungen in der Sozialhilfe sind, so glaube ich, aufgrund der Umstände nicht weiter erstaunlich. Bei den weiteren Positionen verzichte ich darauf, diese namentlich zu erwähnen, zumal Sie diese hier ja sehen.

Welche Faktoren verbesserten unseren Abschluss? Da sind eben die Mehrerträge aus den Liegenschaften des Finanzvermögens zu erwähnen, es sind die Börsenerträge, die einschenkten sowie der Nettoertrag der übrigen Steuern, was die Ausgleichszahlungen betrifft, die wir vom Bund gemäss der gutgeheissenen Steuerreform erhielten.

Beim Netto-Minderaufwand ist als grösste Position die Informatik zu nennen. Dort gab es ja im Jahr 2020 die Abstimmung über das Projekt «ICT4kids». Das heisst mit anderen Worten, dass es hier zu einer gewissen Verzögerung gegenüber der ursprünglichen Planung kam, die sich aufgrund der tieferen Kosten entsprechend auswirkte. Dabei geht es natürlich nicht um echte Kosteneinsparungen, sondern hier spielten einfach Verzögerungen eine Rolle.

Für uns ist politisch betrachtet natürlich der Personalaufwand am interessantesten, was ich hier gerne aufzeigen möchte. Wir verzeichneten im letzten Jahr in der Stadt Langenthal gegenüber dem Budget rund 1,3 Mio. Franken weniger Personalaufwand. Die grössten Minderaufwände liessen sich im Stadtbauamt und in der IT registrieren. Dabei handelt es sich vor allem um Minderausgaben aufgrund von Stellen, die nicht besetzt werden konnten, sodass dieser Umstand für diese hier dargestellte Entwicklung der Haupttreiber war.

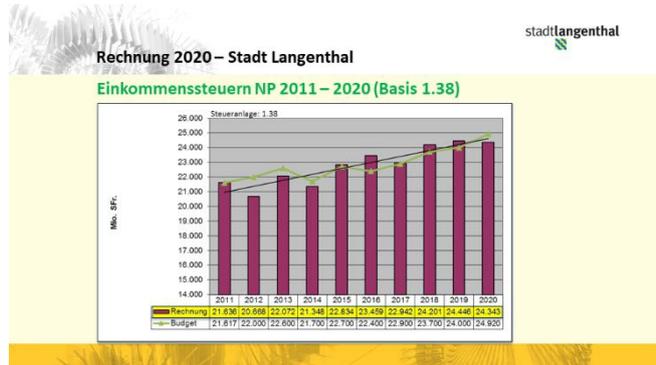
Nun möchte ich noch etwas zu Steuern sagen. Wir nahmen 2020 rund 38,5 Mio. Franken an Steuern ein. Davon fallen 72% auf die Einkommens- und Vermögenssteuern natürlicher Personen und diese Position stellt somit für uns die wichtigste Einnahmequelle dar. Bei den juristischen Personen erzielen wir Einnahmen von rund 5 Mio. Franken und im Bereich sonstiger Steuern nochmals in etwa in der gleichen



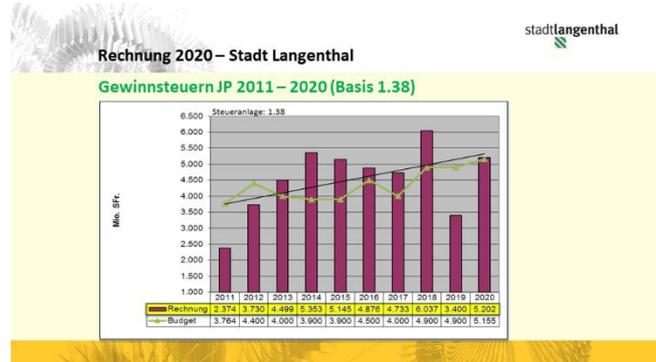


Grösse von knapp 5 Mio. Franken. Aber somit sehen wir hier auch ganz klar, dass die Einkommenssteuern der natürlichen Personen die wichtigste Einnahmequelle darstellen.

Anhand dieser Grafik kann ich aufzeigen, wie sich die Einkommenssteuern in den letzten Jahren entwickelten. Leider führt diese Kurve nicht kontinuierlich nach oben. Dabei mussten wir für das Jahr 2020 eine gewisse Reduktion gegenüber dem Budget zur Kenntnis nehmen. Es geht dabei nicht um wahnsinnig viel, beträgt die Differenz vielleicht in etwa drei bis vier Prozent. Aber wir haben zu konstatieren, dass sich der Wind zu drehen beginnt, wozu uns aber eine konkrete Erklärung fehlt, konnte der Rückgang doch nicht wirklich lokalisiert werden. Entsprechend gehen wir davon aus, dass es sich um einen allgemeinen Trend handelt und wir weiterhin mit lediglich moderaten, das heisst gedämpften Werten zu rechnen haben.



Hier sehen Sie die Grafik mit der Entwicklung der Gewinnsteuern der juristischen Personen. Was ich hierzu bemerken kann, ist, dass diese Entwicklung gegenüber den Einkommenssteuern bei den natürlichen Personen natürlich viel volatiler ist. Dieser Einbruch, den wir zwischen den Jahren 2018 und 2019 erleiden mussten, ging - wie ich Ihnen bereits das letzte Mal erklärte, auf einen Spezialeffekt der Steuer-rückzahlung über rund Fr. 800'000.00 zurück, da im 2018 zu viel eingenommen wurde und im 2019 wieder zurückbezahlt werden musste. Auch wenn man über diese damalige Massnahme hinwegsieht, merkt man natürlich, dass es grössere Schwankungen gibt als wie es bei den natürlichen Personen der Fall ist und ich glaube, dass dies auch zunehmend passieren wird. Dazu kann ich sagen, dass man im letzten Jahr mit den grössten steuerzahlenden Unternehmen informell Rücksprache nahm, um die Bedeutung dieser Entwicklung etwas besser abschätzen zu können. Dort, wo man erkannte, dass es zu Rückerstattungen kommt, versuchten wir dies auch entsprechend zu berücksichtigen. Dabei geht es insbesondere um diese rund Fr. 250'000.00, worauf ich einleitend bereits hinwies.



Zu den übrigen Steuererträgen ist zu sagen, dass die Liegenschaftssteuern die wichtigste Position darstellen und bei uns mit rund 3,5 Mio. Franken zu Buche schlagen und dabei rund Fr. 400'000.00 mehr einbrachten als im Jahr 2019. Hier macht sich eben die Anpassung der amtlichen Werte bemerkbar, die der Kanton Bern zu Beginn von 2020 einführt und per 31. Dezember 2020 effektiv vollzog.

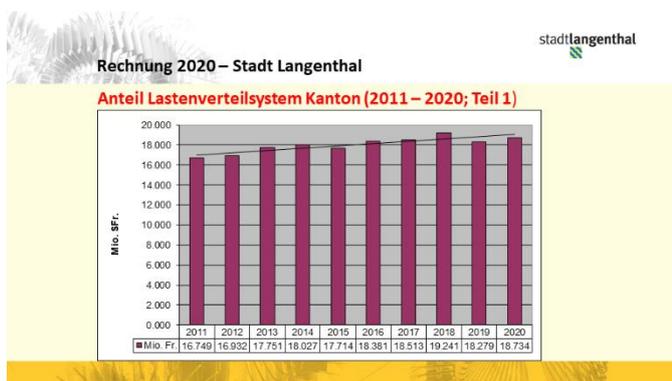
Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Steuererträge 2020 (Basis 1.38) - Details

In Tausend Franken	Rechnung 2020	Budget 2020	Rechnung 2019
Nach- und Strafsteuern, Sonderveranlagungen	828	780	976
Nach- und Strafsteuern	83	100	133
Sonderveranlagungen	745	680	844
Übrige Steuern (ohne Sonderveranlagungen)	4'440	4'410	3'721
Lotteriegewinnsteuern	6	10	16
Liegenschaftssteuern	3'491	3'500	3'075
Grundstücksgewinnsteuern	857	800	589
Erbschafts- und Schenkungssteuern	86	100	42



Beim nächsten Thema geht es um das Lastenverteilsystem, was für uns einen grossen Kostenblock in der Grössenordnung von rund 18 bis 19 Mio. Franken einnimmt. Wenn wir dabei die Entwicklung betrachten, sehen wir, dass es mit Ausnahme von 2019 jedes Jahr zunahm, 2019 hingegen ein Rückgang zu verzeichnen war. Dies war auf die veränderte Einstufung von Langenthal bezüglich der Zentrumslasten zurückzuführen, wodurch die Stadt Langenthal davon profitieren konnte. Allerdings ist für das Jahr 2020 erkennbar, dass die Lastenverteilung erneut um rund eine halbe Million Franken zunehmen wird.



Das ist hauptsächlich auf ein Problem zurückzuführen, das wir wohl in Zukunft vermehrt haben werden. Hier sieht man im Detail, woraus sich die Differenzen zum Vorjahr und zum Budget ergeben. Es gibt dabei Zunahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs sowie bei den Gemeindebeiträge Lehrerlöhne und es gibt einen leichten Anstieg bei der Sozialhilfe. Mit Blick auf das Budget 2021 sehen wir auch, dass der Lastenausgleich um mehr als eine Million zunehmen wird, was leider nicht das Ende der Entwicklung darstellt, wird es doch im Jahr 2022 nochmals zu einer markanten Zunahme kommen, ich aber diesbezüglich nicht vorgreifen möchte, da wir die Budgetdebatte ja erst im August führen werden.

Konto	Bezeichnung	Budget 2021	Rechnung 2020	Rechnung 2019	Rechnung 2018
0550.3621.05	Öffentlicher Verkehr	1'900'000.00	2'015'120.00	1'888'511.00	1'906'622.00
2640.3621.60	Neue Aufgabenteilung Gemeinde/Kanton	2'837'000.00	2'836'047.00	2'878'964.00	2'905'513.00
2640.4622.70	Finanzausgleich	-24'13'000.00	-2'222'979.00	-2'284'823.00	-1'508'227.00
2800.3621.01	Lastenausgleich Familienzulage	77'000.00	68'172.00	91'824.00	66'171.00
2800.3621.65	Anteil EL	3'658'000.00	3'483'581.00	3'426'149.00	3'384'676.00
5600.3621.40	Lastenausgleich Fürsorge	8'510'000.00	7'857'134.95	7'693'171.60	7'926'890.00
5600.4621.63	Soziodemografischer Zuschuss	-317'000.00	-325'639.00	-316'603.00	-274'441.00
601.3611.4511.4331.352	Gemeindebeitrag Lehrerlöhne	5'668'950.00	5'022'464.58	4'902'339.10	4'834'435.70
Total		19'920'950.00	18'733'901.53	18'279'232.70	19'241'639.70

Nun noch ein Wort zu den Investitionen. Wir tätigten im letzten Jahr Nettoinvestitionen im Umfang von rund 13,5 Mio. Franken, wovon der Steuerhaushalt mit 12,4 Mio. Franken betroffen war. Wir sahen ursprünglich einen Investitionsplan im Umfang von 18,5 Mio. Franken vor, was nun zu einer Differenz von 6,1 Mio. Franken führte und einer Investitionsquote von rund 67% entspricht.

■ Bruttoinvestitionen	Fr. 14.9 Mio.
■ Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen	Fr. 1.4 Mio.
■ Nettoinvestitionen (Gesamthaushalt)	Fr. 13.5 Mio.
■ Davon Netto-Investitionen zu Lasten spezialfinanzierte Haushalte	Fr. 1.1 Mio.
■ Effektive Nettoinvestitionen zu Lasten steuerfinanzierter Haushalt	Fr. 12.4 Mio.
> Minderinvestition gegenüber Investitionsplan 2020 (Steuerfinanzierter Bereich, Fr. 18.5 Mio.)	Fr. 6.1 Mio.
> Nettoinvestition: Realisierungsquote: 67.0% (in Bezug zu Investitionsplan 2020 - 2024, steuerfinanzierter Allgemeiner Haushalt)	



Was führte nun zu diesen Minderinvestitionen? Dabei geht es eigentlich beinahe um dasselbe, was ich letztes Jahr an dieser Stelle zu sagen hatte. Es ist auf die zeitlichen Verzögerungen zurückzuführen, die hier ihren Einfluss haben. Ich erwähne dabei den ESP Bahnhof als natürlich das grösste Projekt, an dem gearbeitet wird und dann geht aber auch um verschiedene Strassenprojekte, die in diesem Zusammenhang zu erwähnen sind.

Dies alles befindet sich in einem gewissen Verzug gegenüber der ursprünglichen Planung, wie es auch an dieser Kennzahl ersichtlich wird.

Die grösste Investition des letzten Jahres betraf die Kapitalerhöhung für das Alterszentrum Haslibrunnen. Weiter sind der ESP Bahnhof mit 2,4 Mio. Franken und das Kunstrasenfeld des FC Langenthal mit 1,9 Mio. Franken zu erwähnen. Die weiteren Positionen sind nachfolgend zu Ihrer Kenntnisnahme aufgeführt.

Wenn ich nun diese Zahlen etwas mit den Ergebnissen aus den Vorjahren vergleiche, so ergibt sich hier mit dieser Grafik ein einigermaßen intaktes Bild. Interessanter als diese Folie ist allerdings die nächste Übersicht.



Hier ist dargestellt, was von den Gesamtinvestitionen effektiv Sachanlagen betraf, die hier mit den gelben und die Gesamtinvestitionen mit den blauen Balken dargestellt sind. Sie sehen dabei sofort, dass nun im Jahr 2020 rund die Hälfte keine Sachinvestitionen betraf, sondern eben Finanzinvestitionen, was beispielsweise die Aktienkapitalerhöhung Haslibrunnen, das Darlehen für das Kunstrasenfeld des FC Langenthal belegen oder auch das Projekt im Schoren mit rund Fr.



600'000.00, die in der vorangegangenen Folie ebenso Erwähnung fand. Das ist ein Bild, das sich in den nächsten Jahren sicherlich wesentlich verändern wird, weil es bei Betrachtung unseres Investitionsplans klar wird, dass die Sachinvestitionen in den nächsten Jahren ein grosses Ausmass annehmen.



Das Eigenkapital per Ende 2019 umfasste rund 73,3 Mio. Franken. Davon wird nun das Ergebnis von 2020 in Abzug gebracht. Dieses Defizit von 1,27 Mio. Franken führt danach zu einem Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2020 von rund 78 Mio. Franken. Das entspricht immer noch rund 33 Steuerzehntel, was einem extrem soliden Wert entspricht. Der Benchmark geht eigentlich davon aus, dass man ab 10 Steuerzehntel solide finanziert ist. Wir befinden uns hier natür-

lich massiv über diesem Wert. Nichtsdestotrotz ist aber die Entwicklung zu berücksichtigen, dass steigende Defizite dazu führen, den Bestand zu verringern. Hier sehen Sie die Angaben zum gesamten Eigenkapital; das heisst nebst dem Überschuss werden hier die sozusagen gebundenen Eigenkapitalmittel aufgeführt, die in der Summe praktisch unverändert. Ich komme somit zur Einordnung des letztjährigen Ergebnisses. Wie erwähnt erzielten wir ein Defizit von 1,27 Mio. Franken, was gegenüber dem Budget einer Verbesserung von rund 1,85 Mio. Franken entspricht. Dies ist grundsätzlich erfreulich, dennoch muss ich festhalten, dass wir ohne Berücksichtigung der Sonderpositionen bei einem effektiven Budgetdefizit von rund 3 Mio. Franken gelandet wären, wie es eigentlich auch budgetiert war. Was sodann einen positiven oder negativen Einfluss auf die Rechnung hatte, sehen Sie hier ja in farblicher Unterscheidung entsprechend erwähnt. Ich glaube, dass dies die wichtigsten Positionen waren.

Dank den Börsengewinnen einerseits und andererseits dank der Neubewertung der Liegenschaften bewegt sich das Ergebnis nun in einem einigermassen ertragbaren Rahmen.

Bezüglich dem Ergebnis nach dem Bilanzstichtag sind wir grundsätzlich der Auffassung, dass alles, was in diese Rechnung gehört, auch berücksichtigt wurde. Dabei gibt es einfach eine grosse Unsicherheit bezüglich der Steuereinnahmen, da wir noch nicht so richtig wissen, was uns in den kommenden Jahren eigentlich erwartet. Wir rechnen dort klar mit reduzierten Erträgen. Auf der anderen Seite werden wir auch mit Mehrausgaben konfrontiert sein, wozu ich insbesondere

den Lastenausgleich zähle und dabei an den Bereich Sozialhilfe denke, der gemäss den kantonalen Prognosen doch erheblich ansteigen wird. Es wird somit in Zukunft im Vergleich zur Vergangenheit sicherlich schwieriger werden.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses und Zusammenfassung (I)

- Ergebnis: nominell Fr. – 1.27 Mio.
→ Fr. 1.85 Mio. besser als budgetiert.
- Ergebnis ohne Sonderpositionen: rund Fr. – 2.98 Mio.

Die wesentlichsten Budgetabweichungen:

- Mehrertrag Kapitaldienst
- Neubewertung Liegenschaften Finanzvermögen
- Personal- und Sachaufwand Fr. 1.85 Mio. tiefer als budgetiert
- Minderertrag ordentliche Steuern
- Mehraufwand Abschreibungen

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Einordnung des Ergebnisses und Zusammenfassung (II)

Zusammenfassung:

- Ausserordentlicher Ertrag aufgrund Neubewertung Liegenschaften FV
- Buch- und Verkaufsgewinne aufgrund starker Börsenentwicklung
- Aufwand der Verwaltungstätigkeit (Sach- und Personalaufwand) tiefer als budgetiert.
- Finanz-/Lastenausgleich: Netto-Mehraufwand Erhöhung gegenüber dem Vorjahr
- Abschreibungen VV (ohne WB Darlehen): tiefer als budgetiert, aber höher als im Vorjahr. Tendenz in den nächsten Jahren weiter steigend.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

- Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse mit einem wesentlichen Einfluss auf den Jahresabschluss 2020 eingetreten.
- COVID-19 Pandemie: Wesentlicher Einfluss auf die Konjunktorentwicklung im Jahr 2020, wodurch das Ergebnis der Steuererträge 2021 beeinflusst werden wird. Das Jahr 2020 konnte vor allem bezüglich der Fiskalerträge ohne substantielle Beeinträchtigungen abschliessen.
 - Erwartung Rückgang der Steuererträge im Jahr 2021 + 2022.
 - Weitere Mindereinnahmen und Mehrausgaben in anderen Bereichen (vor allem in der Sozialhilfe) zu erwarten.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Nun möchte ich noch auf einen formellen Punkt zu sprechen kommen. Nach erfolgter Revision mussten wir feststellen, dass sich in den Unterlagen, die Sie physisch oder digital beziehen konnten, ab Seite 63 bei der Kontrolle der Verpflichtungskredite ein ärgerlicher Fehler einschlich. Dabei wurden die kumulierten Ausgaben und Einnahmen eigentlich nur ab dem Jahr 2016 miteinbezogen, das heisst zu demjenigen Zeitpunkt, als man auf das neue Rechnungslegungsmodell HRM2 umstellte, sodass die Zahlen der Vorjahre in der Aufstellung nicht mitberücksichtigt sind. Man ging diesem Fehler nach, um der Ursache auf den Grund zu gehen. Ich kann es kurz machen, dass es sich um einen Softwarefehler, das heisst um einen Release-Fehler, handelte, der sich erst in der Nachkontrolle herausstellte. Es wurde allerdings auch im Stadtrat selber bemerkt, wozu ich hier Stadtrat Pascal Dietrich danken möchte. Er machte uns freundlicherweise darauf aufmerksam und ich spreche ein Kompliment aus, dass er dies so genau anschaute und dabei feststellen konnte.

Es ist allerdings so, dass es sich dabei um einen reinen Darstellungsfehler handelt und auf die Jahresrechnung selber keine Auswirkungen zeitigt. Das heisst nun, dass die Jahresrechnung korrekt vorliegt und auch entsprechend genehmigt werden kann. Wir werden einfach die notwendigen Anpassungen in den digitalen Unterlagen vornehmen. Sie sehen hier nun einfach die Zusammenfassung der Korrektur unter Berücksichtigung der fehlenden Vorjahre.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Ereignisse nach der Revision

- **Feststellung, dass in der Darstellung der Verpflichtungskreditkontrolle unvollständige Daten ausgewiesen werden.**
 - In der aktuellen VK-Kontrolle (Kapitel 11.7, ab S. 63) fehlen die Daten aus der Zeit von vor der Umstellung des Rechnungslegungsmodells auf HRM2.
 - **Konsequenz:** Bei Verpflichtungskrediten mit getätigten Ausgaben und erfolgten Einnahmen vor dem Jahr 2016 wird ein zu tiefer kumulierter Wert dargestellt.
z.B. Investitionskredit 1700.5040.07 "Sanierung Stadttheater":
- kum. Aufwand im Bericht (S. 65): Fr. 1'106.60
- korrekter kumulierter Aufwand: Fr. 1'220'262.30
 - **Grund:** Aufgrund eines Release-Wechsels der Software-Firma Dialog wurden unangekündigt die Selektionsparameter des vorliegenden Berichts angepasst, was im Rahmen der Stichprobenüberprüfung im Jahresabschluss nicht auffiel.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Aktueller Stand Verpflichtungskreditkontrolle im Jahresbericht (Kap. 11.7)

	Brutto-Kredit	Kum. Ausgaben	Kreditsaldo (Rechnungsbilanz)	Kum. Einnahmen
Total Kredite	170750745.00	57897526.27	112853218.73	5'300'917.45
0 BEHÖRDEN UND FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG	61280.00	40338.63	20941.37	
1 ZENTRALE DIENSTE	1781400.00	641963.45	1'139'436.55	10'000.00
2 FINANZWESEN	21'197'000.00	20'932'499.30	264'500.70	82'468.45
3 BAUWESEN	99'179'018.00	11'641'936.39	87'537'081.61	416'164.20
4 POLIZEI, MILITÄR, FEUERWEHR UND ENWÖHNERKONTROLLE	6'173'647.00	999'081.32	5'174'565.68	200'000.00
5 SOZIALWESEN	78'000.00	67'947.75	10'052.25	
6 BILDUNG, KULTUR UND SPORT	42'301'000.00	23'675'969.73	18'625'030.27	4'892'284.80

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal

Korrigierter Stand Verpflichtungskreditkontrolle im Jahresbericht (Kap. 11.7)

	Brutto-Kredit	Kum. Ausgaben	Kreditsaldo (Rechnungsbilanz)	Kum. Einnahmen
Total Kredite	170750745.00	78'623'282.99	91'927'462.01	6'866'117.45
0 BEHÖRDEN UND FÜHRUNGSUNTERSTÜTZUNG	61280.00	40338.63	20941.37	0.00
1 ZENTRALE DIENSTE	1781400.00	1'781'164.15	248.85	10'000.00
2 FINANZWESEN	21'197'000.00	20'932'499.30	264'500.70	82'468.45
3 BAUWESEN	99'179'018.00	16'752'694.46	82'426'323.54	905'932.70
4 POLIZEI, MILITÄR, FEUERWEHR UND ENWÖHNERKONTROLLE	6'173'647.00	2'842'434.62	3'331'212.38	200'000.00
5 SOZIALWESEN	78'000.00	67'947.75	10'052.25	0.00
6 BILDUNG, KULTUR UND SPORT	42'301'000.00	36'724'913.88	5'576'086.12	6'987'716.30

Ich möchte mich hier für dieses Missgeschick entschuldigen und Dir Pascal nochmals herzlich danken, dass Du uns dies freundlicherweise kundtatst.



Ich komme somit zum Schluss und zeige Ihnen hier die Kennzahlen der Jahresrechnung 2020, die Sie jetzt zu genehmigen haben. Der Gesamthaushalt weist dabei ein Defizit von Fr. 759'000.00 aus. Das Defizit im steuerfinanzierten Haushalt umfasst 1,27 Mio. Franken. Die Spezialfinanzierungen weisen ein Plus von Fr. 968'000.00 aus, Abwasserentsorgung und Feuerwehr hingegen ein Minus von Fr. 242'000.00, respektive Fr. 214'000.00 aus. Das sind eigentlich diejenigen Zahlen, die zu genehmigen sind. Bei der Investitionsrechnung geht es um diesen Nettobetrag von rund 13,4 Mio. Franken.

Rechnung 2020 – Stadt Langenthal	
Beschluss	
1. Die Jahresrechnung 2020 der Stadt Langenthal wird wie folgt genehmigt:	
Erfolgsrechnung	
Ergebnis Gesamthaushalt	Fr. - 759'969.92
Davon	
(Steuerfinanzierter) Allgemeiner Haushalt	Fr. - 1'270'588.36
Abwasserentsorgung	Fr. + 968'006.70
Abfallentsorgung	Fr. - 242'485.42
Feuerwehr	Fr. - 214'892.84
Investitionsrechnung (Gesamthaushalt)	
Ausgaben (Bruttoinvestitionen)	Fr. 14'929'779.43
Einnahmen (Subventionen)	Fr. - 1'433'466.30
Nettoinvestitionen	Fr. 13'496'313.13
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.	

Dies ist somit die Rechnung, die wir Ihnen hier zur Beschlussfassung unterbreiten.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Merci vielmals, Gemeinderat Di Nino für diese Ausführungen. So kommen wir nun zur Berichterstattung durch die GPK. Dazu bitte ich Diego Clavadetscher ans Mikrofon.

GPK-Mitglied Diego Clavadetscher (FDP): Die GPK beschäftigte sich in ihrer Funktion als Rechnungsprüfungsorgan bereits etwas früher mit dieser Jahresrechnung. Der aus zwei Mitgliedern bestehende Ausschuss hatte dabei Kontakt mit der Revisionsstelle und führte zwei Besprechungen durch. Im Rahmen der Schwerpunktprüfung, die jeweils jährlich neu festgelegt wird, liess die Kommission die Pauschalspesen durch die Revisionsstelle ausführlich prüfen. Seitens der Revisionsstelle kam es dabei zu keinen nennenswerten Bemerkungen, die hier im Saal zu einer Berichterstattung Anlass gegeben hätten. Die GPK stellte einstimmig die formelle Richtigkeit dieses Geschäfts fest und dankt somit den Verantwortlichen für Ihre Arbeit.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. So kommen wir nun zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Wer möchte sich dazu äussern?

SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP): Ich kann mich ebenso kurzhalten, werden wir doch dieser Rechnung einstimmig zustimmen. Ich danke Roberto Di Nino für die eingängige und gute Präsentation der Rechnung. Wir freuen uns natürlich über dieses Ergebnis, das bedeutend besser abschliesst als budgetiert und bedanken uns bei allen, auch bei der Verwaltung, die dazu beitrugen. Was mich persönlich beeindruckte, ist das trotz der aktuellen Pandemie-Situation robuste Ergebnis. Aber wir wissen, dass uns die wirkliche Nagelprobe erst in diesem Jahr bevorsteht. Nicht übersehen darf man, dass natürlich auch Sonderfaktoren zu diesem guten Ergebnis führten und es dadurch um beinahe 2 Mio. Franken besser abschnitt als budgetiert.

Was bei uns immer etwas schlecht aussieht, sind die Investitionen, respektive betrifft den Selbstfinanzierungsgrad. Dieser sollte ja eigentlich idealerweise 100 Prozent betragen, liegt aber seit Jahren im Durchschnitt bei rund 30 Prozent. Das zeigt eigentlich, dass wir seit Jahren über unsere Verhältnisse leben. Ich weiss, dass dies so beabsichtigt und in unserer Situation wohl auch nicht ganz falsch ist. Wir sollten allerdings daran denken, dass wir irgendeinmal auch da wieder ein Gleichgewicht anstreben sollten. Bald werden wir ja auch das Budget 2022 im Rat diskutieren und dann werden wir ja sehen, dass es sicherlich nicht einfach wird, einigermassen ein Gleichgewicht zwischen Aufwand und Ertrag auszutarieren. Covid ist noch lange nicht gegessen und die Umstrukturierungen in der Industrie werden ihre Spuren hinterlassen, worüber wir uns wohl einig sind. Unser Bilanzüberschuss, früher Eigenkapital genannt, liegt Ende 2020 immer noch bei 78 Mio. Franken. Das hat schon auch zur Konsequenz, dass wir damit ein bisschen einfacher umgehen können als andere Gemeinden in der Umgebung. Wir können immer noch aus einer Position der Stärke operieren, sollten dabei aber nicht überborden. Zur Rechnung von Obersteckholz kommen wir dann noch unter Traktandum Nr. 3. So fasse ich zusammen, dass wir die Rechnung annehmen werden.



FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Wer heute Abend vielleicht mit dem Velo unterwegs war, wurde auf dem Heimweg kalt geduscht. Das passierte uns hier in der Stadt Langenthal mit der Rechnung 2020 glücklicherweise nicht. Im Gegenteil, ich würde sagen, dass wir mit Blick auf das doch sehr moderat ausgefallene Defizit mit einem hellblauen Auge davonkamen, da es doch nur ein gutes Drittel so hoch ist wie ursprünglich budgetiert. Damit können wir wirklich zufrieden sein, wobei wir ohne die Sondereffekte ziemlich genau das budgetierte Defizit durchaus erreicht hätten. Wir haben es diesen Sondereffekten zu verdanken, dass hier ein besseres Resultat herauschaute. Und, was auch erwähnt wurde, ist es dem tieferen Personalaufwand zu verdanken. Dabei ist es schon so, dass, wenn wir uns es wünschen könnten, wir wohl doch lieber ein paar Hunderttausend Franken für zusätzliche Leute im Bauamt ausgegeben hätten; das heisst, dass man diejenigen Stellen lieber hätte besetzen können, um dort zu einer besseren Situation beitragen zu können. Das wirkt sich nun zwar positiv auf die Rechnung aus, war hingegen aber für die Verwaltungstätigkeit in Langenthal negativ. Es ist einfach so, dass sich die benötigten Leute für das Bauamt fast nicht mehr finden lassen.

Auch wenn ich festhalte, dass wir mit einem hellblauen Auge davonkamen, muss man sich dennoch bewusst sein, dass diese Rechnung 2020 seit dem Jahr 2016 das schlechteste Ergebnis darstellt. Die Jahre 2017, 2018 und 2019 schlossen jeweils besser ab. Aber wir hatten in dieser Zeit auch noch keine Pandemie und unter Berücksichtigung dieses Umstands ist das Ergebnis, wie es auch Paul schon erwähnte, wirklich nicht schlecht. Die Investitionen wurden auch bereits angesprochen. Dabei fiel uns vor allem auf, dass man dort erneut nicht einmal zwei Drittel der vorgesehenen Investitionen tätigte. Wenn man dies dann ins Verhältnis mit den Sachanlagen stellt, so sieht man, dass diese 6 Mio. Franken schon eine eher geringe Summe darstellen. Anhand der Aktienkapitalerhöhung beim Alterszentrum sieht man eben, dass wir nicht wirklich Geld investierten, sondern lediglich eine Finanztransaktion vornahmen. Dabei schieben wir weiterhin eine Art Bugwelle an Investitionsbedarf vor uns her und sind dabei wie wahnsinnig am Planen und Projektieren, auf den Boden gebracht werden diese Projekte im Moment allerdings noch nicht. Hier besteht schon auch die berechtigte Hoffnung, dass sich dies in den nächsten Jahren ändert, was ich nun aber bereits etwa zum dritten oder vierten Mal an dieser Stelle feststellen muss.

Einen Punkt habe ich hier noch anzusprechen, der uns in der FDP-Fraktion sehr störte. Es wurden nämlich unter dem Stadtratskonto Nr. 0150.3130.50 «Dienstleistungen Dritter», das ziemlich über dem Budget abschloss, Aufwendungen gebucht, die im Zusammenhang mit der anwaltlichen Vertretung im Rahmen des Justizverfahrens stehen, da ja das Wahl- und Abstimmungsreglement, das in der damaligen Volksabstimmung sehr deutlich angenommen wurde, juristisch bestritten wird und man sich dazu entsprechend rechtlich vertreten lassen muss. Wir sind ganz klar der Meinung, dass diese Verbuchung auf diesem Konto nicht in Ordnung ist und wir fragten uns, was wir diesbezüglich unternehmen sollten. Es war uns allen klar und wir waren uns darüber sofort einig, dass eine Rückweisung der Rechnung eine unverhältnismässige Reaktion gewesen wäre. Aber wir möchten hier festhalten, dass wir damit nicht einverstanden sind und es nicht in Ordnung finden. Ich weiss eigentlich auch gar nicht, warum man überhaupt so etwas macht, beschloss doch der Gemeinderat für diese Revision des Wahl- und Abstimmungsreglement am 25. Januar 2017 und am 18. Oktober 2017 jeweilige Verpflichtungskredite. Somit existiert ein solcher Verpflichtungskredit weiterhin und deshalb hätte man diese Ausgabe meiner Meinung nach problemlos diesem Verpflichtungskredit zuweisen können, was eigentlich auch der richtige Ort gewesen wäre. Falls es dann so ist, dass dieses Geld zwar ausgegeben werden musste, Langenthal aber am Schluss gewinnt, so würden diese Ausgaben ja auch wieder zurückfliessen. Deshalb wäre diese Ausgabe beim Verpflichtungskredit sicherlich am richtigen Ort angesiedelt, sodass wir kein Verständnis dafür haben, dass man dazu das Stadtratskonto nutzte.

Das ist betrüblich. Ebenso ärgerlich ist die Sache mit der Kontrolle der Verpflichtungskredite, deren Hergang uns Roberto Di Nino erklärte und es besonders ärgerlich ist, wenn man von der Informatikfirma nicht darüber orientiert wird, wenn die Parameter geändert werden, was ja wirklich nicht sein kann. Aber ich bin froh, dass eigentlich nur der Zusammenzug nicht korrekt dargestellt wurde und die Kontrolle der einzelnen Kredite richtig ist. Soviel zum Negativen.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Nun möchte ich aber wieder zu den positiven Aspekten zurückkehren und den Bilanzüberschuss mit weiterhin rund 78 Mio. Franken erwähnen, der lediglich eine geringe Einbusse zu verzeichnen hat, was wie gesagt einer weiterhin guten Ausgangslage entspricht. Wir müssen dazu zwar ganz klar Sorge tragen; ein Aufruf, den ich ja jedes Jahr wiederhole. Allerdings muss dieser Bilanzüberschuss nicht um jeden Preis auf dieser Höhe verharren, namentlich nicht um den Preis einer Steuererhöhung. Ich möchte hier schon auch wieder erwähnen, dass die FDP/jll-Fraktion der Meinung ist, dass eine Steuererhöhung bei diesem Bilanzüberschuss nicht opportun ist. Zudem wäre es auch in der aktuell schwierigen Zeit ein falsches Signal, wenn man die Steuern erhöhen wollte. Das ist etwas, was ich auch nicht erstmalig erwähne, sodass es dabei bleibt, dass eine Steuererhöhung bei einem Bilanzüberschuss von 78 Mio. Franken nicht gegeben ist.

Zum Schluss danke auch ich dem Finanzamt und Gemeinderat Roberto Di Nino für diese Rechnung, die aufzeigt, dass hier viel gearbeitet wurde und wir auch den Eindruck haben, dass grundsätzlich gut darauf geachtet wird, kein Geld aus dem Fenster zu schmeissen. Das trifft auf Langenthal sicherlich nicht zu und die FDP/jll-Fraktion beantragt Ihnen somit auch, diese Rechnung zu genehmigen. Merci.

glp/EVP-Fraktion, Dyami Häfliger (glp): Die glp/EVP-Fraktion dankt allen Beteiligten und insbesondere dem Gemeinderat Roberto Di Nino für das Ausarbeiten der Jahresrechnung. Auch wir sind in dem Sinn sehr erfreut, als dass das Resultat besser herauskam als aufgrund der Pandemie zuerst angenommen. Pascal Dietrich führte dies vorgängig sehr schön aus, wie sich die unterschiedlichen Faktoren zusammensetzen und was auch vom Gemeinderat gut dargelegt wurde, sodass ich dies an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholen möchte. Jedenfalls spreche hier nochmals unseren herzlichen Dank für die grosse Arbeit aus. Auch aus unserer Sicht wäre es wünschenswert gewesen, hätte man die offenen Stellen besetzen und dafür dann auch etwas mehr hätte ausgeben können. Wir wissen alle, dass es manchmal schwierig ist, gute Leute zu finden, was wir natürlich bedauern.

Wie auch innerhalb der FDP/jll-Fraktion wurde auch bei uns die bereits angesprochene Verbuchung der Kosten für die anwaltliche Begleitung zulasten des Stadtratskontos sehr kritisch diskutiert und auch wir sind der Meinung, dass dies nicht in Ordnung ist. Aber in Abwägung der Verhältnismässigkeit wäre natürlich eine Ablehnung der gesamten Jahresrechnung aus unserer Sicht nicht angebracht. Es wäre unserer Meinung nach logisch und auch angemessen gewesen, diese Kosten dem entsprechenden Verpflichtungskredit für die Revision des Wahl- und Abstimmungsreglements zu belasten. Wir bedauern diesen Umstand und erachten es als nicht sehr guten Stil des Gemeinderates. Nichtsdestotrotz werden wir diese Jahresrechnung annehmen und verdanken dies nochmals. Merci vielmals.

SVP-Fraktion, Patrick Fluri (SVP): Auch die SVP-Fraktion nahm diese Rechnung wohlwollend entgegen. Es kam besser, als man sich ursprünglich dachte. Wir danken allen, die dabei mithalfen, dass das Ergebnis so rauskam. Man darf aber nicht vergessen, dass wir Glück hatten, waren es doch wie in den letzten Jahren Sondereffekte, die zu diesem Ergebnis führten. Weniger Personal bedeutet nicht nur weniger Ausgaben, sondern auch weniger erbrachte Leistung. Verschobene Investitionen werden gleichwohl noch realisiert, sodass es uns also noch einholen wird. Deshalb ist es auch richtig, dass wir in die Zukunft blicken, für die Wirtschaft und die Einwohner attraktiv bleiben und auch wir eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt nicht als angebracht betrachten. Die SVP-Fraktion wird die Rechnung wie vorliegend annehmen.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke vielmals. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher zur Jahresrechnung? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es sonst noch Wortmeldungen? Gemeinderat Di Nino wünscht nochmals das Wort.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich möchte nur kurz auf das eingehen, was zwei Votanten wegen dieser Verbuchung erwähnten. Es ist natürlich zutreffend, dass es einen Verpflichtungskredit gab und gibt. Aber dieser Verpflichtungskredit diente zur Erarbeitung des Reglements. Und dass nun im Anschluss daran ein Rechtsverfahren dazu gehört, ist meiner Meinung nach wirklich eine Frage der Auslegung. Der Gemeinderat nahm dazu eine politische Bewertung vor und entschied sich für die vorliegende



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Verbuchung, die hier angesprochen wurde. Ich glaube, dass es nicht ein «korrekt» oder ein «nicht korrekt» gibt, sondern es liegt sicher im Rahmen des Ermessens, wozu der Gemeinderat den entsprechenden Spielraum ausnutzte.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke vielmals für diese Erläuterung. So erkläre ich die Beratung für geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Wir sind inzwischen 37 anwesende Stadträtinnen und Stadträte. Herzlich willkommen Nathalie, die in der Zwischenzeit auch noch zu uns stiess.

III Abstimmung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wer nun dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussziffer 1 und 2 zustimmen möchte, soll dies nun mit der Karte bezeugen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Das scheint nicht der Fall zu sein und sieht nach Einstimmigkeit aus.

- **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Stimmen Enthaltungen einstimmig:**

1. **Die Jahresrechnung der Stadt Langenthal für das Jahr 2020 wird genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Obersteckholz: Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Somit folgt Traktandum Nr. 3 mit der Genehmigung der Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Obersteckholz. Dazu möchte ich anfügen, dass Martin Lerch in den Ausstand tritt, weil er ein Teilzeitmandat für die ausführende Revisionsfirma innehat. Besten Dank und wir werden Dich nach Abschluss des Geschäfts wieder hereinbitten.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Da auch hier das Eintreten nicht bestritten werden kann, übergebe ich das Wort erneut an Gemeinderat Roberto di Nino, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Ich möchte sogleich einleitend speziell Heini Jörg als zuletzt amtierender Gemeindepräsident von Obersteckholz und die alt Gemeinderäte Franz Hofer und Eric Stöckli begrüßen. Merci vielmals, dass Ihr da seid und herzlich willkommen. Ich möchte auch sagen, dass es für mich eine Ehre darstellt, hier die letzte Rechnung der Gemeinde Obersteckholz präsentieren zu dürfen.

Auf dieser Folie sehen Sie, wie sich das Ergebnis 2020 zusammensetzt. Im steuerfinanzierten Haushalt ergab sich ein Defizit von rund Fr. 90'000.00. Effektiv war allerdings ein Defizit über Fr. 172'000.00 budgetiert, das heisst somit, dass es in Obersteckholz genau gleich herauskam wie bei uns in Langenthal, konnte doch gegenüber dem Budget ein besserer Abschluss realisiert werden. Es gilt auch hier den Sonderfaktor bezüglich der Neubewertung der Liegenschaften zu berücksichtigen, was somit denselben Effekt zeitigte, wie ich es bereits zuvor zum Ergebnis von Langenthal darlegen konnte. Die Neubewertung führte dabei zu einem Plus von rund Fr. 208'000.00. Wenn man dies nun zusammenzählen würde, käme man sogar auf einen Überschuss von rund Fr. 117'000.00. Dieser Überschuss wird allerdings nicht ausgewiesen, sondern im selben Umfang durch zusätzliche Abschreibungen kompensiert, sodass am Ende ein Ergebnis von null ausgewiesen wird, sodass hier weder ein Überschuss, noch ein Defizit vorliegt, sondern eine sogenannte «schwarze Null».

Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in Art. 84 der Gemeindeverordnung festgelegt ist, das Gemeinwesen unter bestimmten Umständen dazu zu zwingen, den Überschuss nicht ausweisen zu dürfen. Das ist dann der Fall, wenn die ordentlichen Abschreibungen geringer ausfallen als die Nettoinvestitionen. So dann müssen einfach so viele Zusatzabschreibungen gebucht werden, die die Nettoinvestitionen maximal ausmachen und zu diesem Betrag von Fr. 117'740.68 als zusätzliche Abschreibung führen.

Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass in Art. 84 der Gemeindeverordnung festgelegt ist, das Gemeinwesen unter bestimmten Umständen dazu zu zwingen, den Überschuss nicht ausweisen zu dürfen. Das ist dann der Fall, wenn die ordentlichen Abschreibungen geringer ausfallen als die Nettoinvestitionen. So dann müssen einfach so viele Zusatzabschreibungen gebucht werden, die die Nettoinvestitionen maximal ausmachen und zu diesem Betrag von Fr. 117'740.68 als zusätzliche Abschreibung führen.

Dabei wurden 2020 Investitionen in der Höhe von rund Fr. 290'000.00 getätigt sowie ordentliche Abschreibungen über rund Fr. 68'000.00, was insgesamt zu einer grösseren Differenz führt als diese Fr. 117'000.00 und deshalb diese zusätzliche Abschreibung entsprechend einzulegen hatte.

Rechnung 2020 – Gemeinde Obersteckholz	
Ergebnisse des steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalts	
Ergebnis vor Sonderfaktoren	Fr. - 90'739.32
Sonderfaktoren	
Neubewertung Liegenschaften FV	Fr. + 208'480.00
Zusätzliche Abschreibung	Fr. - 117'740.68
Nominelles Ergebnis	Fr. 0.00

Rechnung 2020 – Gemeinde Obersteckholz	
Ergebnisse (II) – Erklärung «schwarze NULL»	
Gemäss Art. 84 Gemeindeverordnung (GV) sind zwingend zusätzliche Abschreibungen vorzunehmen, wenn:	
a) die Erfolgsrechnung einen Ertragsüberschuss ausweist <u>und</u>	
b) die ordentlichen Abschreibungen kleiner als die Nettoinvestitionen sind.	
Höhe der zusätzlichen Abschreibungen: Maximal die Differenz zwischen dem Ergebnis aus Nettoinvestitionen abzgl. der ordentlichen Abschreibungen bis zum Null-Ergebnis	
Zusätzliche Abschreibung Rechnung 2020 = Fr. 117'740.68	



So kommen wir noch zu den Spezialfinanzierungen. Wie bereits erwähnt, wurde im allgemeinen Haushalt eine schwarze Null erzielt. Im Bereich Spezialfinanzierung Abfallwirtschaft wurde ein Minusbetrag von Fr. 2'700.00, bei der Abwasserbeseitigung von Fr. - 4'900.00 und bei der Wasserversorgung von Fr. - 4'700.00 realisiert. Das heisst, dass auf Stufe Gesamthaushalt ein Aufwandüberschuss von Fr. 12'458.41 vorliegt.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Gemeinde Obersteckholz

Ergebnisse (I)

Allgemeiner Haushalt	Fr.	0.00
Spezialfinanzierung Abfallwirtschaft:	Fr.	- 2'716.90
Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung:	Fr.	- 4'974.41
Spezialfinanzierung Wasserversorgung:	Fr.	- 4'767.10
Auf der Stufe Gesamthaushalt ergibt sich somit ein Aufwandüberschuss von		
	Fr.	12'458.41

Die Investitionen im steuerfinanzierten Haushalt wurden mit Fr. 279'000.00 ausgewiesen. Dies umfasste Massnahmen im Bereich des Schulhauses, Strassenreparaturen, Bau von Wasserschächten und verschiedene Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der Fusion mit der Stadt Langenthal. Es liegen hier Mehrinvestitionen von Fr. 10'000.00 gegenüber dem Investitionsplan vor, was etwas ist, das wir hier in Langenthal nicht kennen, da wir bei uns immer etwas hinten nachhinken. Sie sehen dabei auch, dass Obersteckholz dabei eine Realisierungsquote von über 100 Prozent ausweisen kann. Es handelt sich hier aber einfach auch um ein anderes System und eine andere Vorgehensweise.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Gemeinde Obersteckholz

Investitionen 2020

■ Bruttoinvestitionen	Fr.	0.292 Mio.
■ Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen	Fr.	0.013 Mio.
■ Nettoinvestitionen (Gesamthaushalt)	Fr.	0.279 Mio.
> Mehrinvestition gegenüber Investitionsplan 2020 geplant Netto Fr. 0.269	Fr.	0.010 Mio.
> Nettoinvestition: Realisierungsquote: 103.7%		

Der Bilanzüberschuss von Obersteckholz per Ende 2019 umfasste 1,106 Mio. Franken. Da das Ergebnis per 2020 mit einer schwarzen Null abschloss, bleibt der Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2020 mit diesen 1,106 Mio. Franken unverändert. Das heisst nun auch, dass dieser Bilanzüberschuss mit Stichtag 1. Januar 2021 in die Rechnung der Stadt Langenthal aufgenommen werden.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Gemeinde Obersteckholz

Eigenkapital

Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2019	Fr.	1'106'804.92
Ergebnis 2020	Fr.	0.00
Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2020	Fr.	1'106'804.92
<small>Bilanzüberschuss gemäss HRM2</small>		

Hier sehen Sie noch etwas strukturiert, wie sich das Ganze im Detail zusammensetzt. Es liegt ein Vermögen von 2,79 Mio. Franken vor, dass wir in die Rechnung der Stadt Langenthal integrieren können, wovon sich 1,87 Mio. Franken auf das Finanzvermögen und Fr. 920'000.00 auf das Verwaltungsvermögen aufsplitten lassen. Dabei übernehmen wir auch Fremdkapital in der Höhe von rund Fr. 570'000.00 und ein Eigenkapital von 2,2 Mio. Franken. Es ist jetzt gerade auch ein Zufall, dass die Hälfte dieser Summe dem Bilanzüberschuss entspricht und die andere Hälfte gebundene Kapitalien und Spezialfinanzierungen umfasst.

stadtlangenthal

Rechnung 2020 – Gemeinde Obersteckholz

Bilanzübersicht per 31. Dezember 2020

Aktiva (in Mio. Fr.)		Passiva (in Mio. Fr.)	
Finanzvermögen	1.87	Fremdkapital	0.57
Verwaltungsvermögen	0.92	Eigenkapital	2.22
		davon Bilanzüberschuss	1.11
Total	2.79	Total	2.79



Dass die Rechnung heute Abend hier überhaupt präsentiert wird, ist auf den Fusionsvertrag, der in der Langenthaler Abstimmung vom 9. Februar 2020 mit grossem Mehr angenommen wurde, zurückzuführen. Auch die Obersteckholzer Bevölkerung stimmte der Fusion bekanntlich zu. Dabei regelt Art. 17 Abs 2, wie mit der Genehmigung der Jahresrechnung 2020 nach der Fusion zu verfahren ist. Sie sehen dabei, dass vorgesehen ist, dass das zuständige Organ der Stadt Langenthal die Jahresrechnung 2020 von Obersteckholz zu genehmigen hat, sodass dies heute auch der Beschlussfassung unterbreitet wird.

Das hier sind zum Schluss die Zahlen, die Ihnen dabei für die Genehmigung vorgelegt werden. Dazu liegt als Ergebnis aus dem Gesamthaushalt wie beschrieben das Defizit dieser Fr. 12'458.41 vor, das vollständig spezialfinanziert ist. Beim steuerfinanzierten Haushalt wurde wie bereits mehrfach erläutert weder ein Defizit, noch ein Überschuss ausgewiesen. Die zu genehmigende Investitionsrechnung umfasst dabei rund Fr. 279'000.00 an Nettoinvestitionen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Ich danke Gemeinderat Di Nino für die Ausführungen. Somit kommen wir zur Berichterstattung durch die GPK. Das Wort hat Diego Clavadetscher.

GPK-Mitglied Diego Clavadetscher (FDP): Auch dieses Geschäft wurde von der GPK angeschaut. Sie nahm vorab den Erläuterungsbericht des Rechnungsprüfungsorgans zur Kenntnis, besprach ihn auch innerhalb des Ausschusses und sodann im Gesamtplenium. Wir stellten dabei fest, was man auch sonst in der Wirtschaft erlebt, dass eine Rechnungsprüfung bei einem KMU anders funktioniert als bei einem grösseren Rechtsträger. In diesem Bericht befanden sich im Unterschied zu unserem Langenthaler Bericht, den wir uns sonst gewohnt sind, einige operative Themen und es lagen Pendenzen vor, sodass die GPK aus diesem Grund den Bericht dem Gemeinderat mit der Bitte überwies, für die operativen Pendenzen seine diesbezügliche Kontrolle zu übernehmen. Das sind allerdings alle Themen, die nicht die Richtigkeit der Rechnung berühren, sodass die GPK zur Rechnung als solches keine Bemerkungen hatte und einstimmig die formelle Richtigkeit dieser Vorlage feststellen konnte.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. So kommen wir zu den Fraktionsprechenden und so kannst Du bitte gleich fortfahren und im Namen der FDP/Jll-Fraktion das Fraktionsvotum halten.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Genau. In unserer Fraktion gewannen wir ein positives Bild dieser Rechnung. Man erlebt auch andere Bilder in anderen fusionierten Gemeinden, dass da zum Schluss ein grosses Tohuwabohu übergeben wird, was hier nicht der Fall ist. Wir sehen es auch daran, indem sich die Verantwortlichen heute Abend die Zeit nehmen, obwohl sie sich nicht mehr im Amt befinden, die Verabschiedung dieser Rechnung bis zuletzt zu begleiten. Das ergibt ein schönes, tolles Bild und wir werden als FDP/jll-Fraktion diese Rechnung entsprechend genehmigen. Danke.

SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP): Auch wir schauten uns die Rechnung von Obersteckholz an und freuen uns über diese Rechnung, weil sie sehr ausgeglichen ist und sich sehr gut präsentiert. Wir dürfen in dem Fall ebenso feststellen, dass wir im Zusammenhang mit unserem Fusionsvertrag keine böse Überraschung erleben mussten, sodass ich das Gefühl habe, dass sich die Integration in unsere



Rechnung 2020 – Gemeinde Obersteckholz	
Beschluss	
1. Die Jahresrechnung 2020 der Gemeinde Obersteckholz wird wie folgt genehmigt:	
Erfolgsrechnung	
Ergebnis Gesamthaushalt	Fr. - 12'458.41
Davon	
(Steuerfinanzierter) Allgemeiner Haushalt	Fr. 0.00
Abwasserentsorgung	Fr. - 4'974.41
Abfallentsorgung	Fr. - 2'716.90
Wasserversorgung	Fr. - 4'767.10
Investitionsrechnung (Gesamthaushalt)	
Ausgaben (Bruttoinvestitionen)	Fr. 292'635.75
Einnahmen (Subventionen)	Fr. - 13'365.85
Nettoinvestitionen	Fr. 279'269.90
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.	



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Rechnung sehr einfach gestalten wird. Ein Dank gebührt den Behörden von Obersteckholz, die ihre Gemeinde bis zur definitiven Fusion umsichtig führten. Ich hoffe, dass sie es nie bereuen werden, dass sie diesen Schritt auf Langenthal zu machten, alle Obersteckhölzler nicht. Wir sind hier in der Pflicht den Obersteckhölzlern zu zeigen, dass auch wir Langenthaler ihre Anliegen ernst nehmen und dass unsere Gemeindeverwaltung auch für die Neu-Langenthalerinnen und -Langenthaler immer ein offenes Ohr hat. Obersteckholz wird ja nicht einfach von der Bildfläche verschwinden, sondern Obersteckholz ist nun einfach ein Ortsteil von Langenthal und sie können dabei weiterhin ihr eigenes Gesicht behalten und auch zeigen. Ich freue mich, dass wir diese Fusion so gut umsetzen konnten. Und zur Rechnung lässt sich deshalb einfach festhalten, dass wir diese natürlich einstimmig genehmigen werden.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke bestens. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Wenn dies nicht der Fall ist, frage ich nach, ob es noch sonstige Wortmeldungen gibt? Auch dies trifft nicht zu. Damit erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht dabei der Gemeinderat nochmals das Wort? Nein, gut, so gehen wir zur Abstimmung über.

III Abstimmung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussziffer 1 und 2 folgen möchte, soll dazu seine Karte hochhalten. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Mir wurde soeben mitgeteilt, dass Martin Lerch wieder in den Saal zurückkehren kann, respektive dass es eigentlich gar nicht nötig gewesen wäre in den Ausstand zu treten, da dies im Stadtrat so gar nicht vorgesehen ist, dass jemand in den Ausstand zu treten hat. Aber dies sind dann halt so juristische Fragen, die man zeitweise erst im Nachhinein klären kann. Dennoch danke ich Martin Lerch für seine Loyalität.

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:**
 1. **Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Steckholz für das Jahr 2020 wird genehmigt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Jahresbericht des Gemeinderates für das Jahr 2020: Kenntnisnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir gehen zügig weiter zu Traktandum Nr. 4 und der Kenntnisnahme des Jahresberichts des Gemeinderates für das Jahr 2020. Das Eintreten ist unbestritten, handelt es sich auch bei diesem Traktandum um ein zwingendes Geschäft.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir steigen somit direkt in die Beratung ein und deshalb übergebe ich das Wort sogleich dem Stadtpräsidenten Reto Müller, Ressortvorsteher Präsidiales.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Mit dem Jahresbericht für das Jahr 2020 informiert der Gemeinderat über die Verwaltungstätigkeit im Berichtsjahr, über den Stand der parlamentarischen Vorstösse in Anhang 1 und über den Stand der Umsetzung der Regierungsrichtlinien 2017 bis 2020. Die wären ja nun abgeschlossen, die neuen Richtlinien liegen Ihnen nun vor und dazu sage ich dann noch etwas unter Traktandum Nr. 13 «Mitteilungen des Gemeinderates». Im Anhang 3 finden Sie auch das Behördenverzeichnis per 31. Dezember 2020. Ich möchte dabei nun allen Verwaltungsmitarbeitenden nicht nur für den Bericht, sondern auch für die im Jahr 2020 geleistete Arbeit danken. Ich danke auch den angeschlossenen Körperschaften sowie den Schulen. Vielen Dank der Verwaltungsleitung und dabei insbesondere dem Stadtschreiber Daniel Steiner, merci für Ihre Kenntnisnahme.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank für das kurze Votum. Die Berichterstattung der GPK übernimmt Dyami Häfliger.

GPK-Mitglied Dyami Häfliger (glp): Die GPK las diesen Jahresbericht mit grossem Interesse, nahm ihn zur Kenntnis und möchte dem Gemeinderat für das Erstellen dieses ausführlichen Berichts herzlich danken.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Wer möchte sich dazu äussern?

SP/GL-Fraktion Stefanie Loser (SP): Die SP/GL-Fraktion nahm den Jahresbericht mit grossem Interesse zur Kenntnis. Es ist immer wieder spannend zu lesen, was in einem abgelaufenen Jahr alles passierte und auch geleistet wurde. Gerade in einem der schwierigsten Jahre, die wir jemals gemeinsam erlebten und durchlebten, funktionierte das Wirken in der Verwaltung und auch das politische Geschehen konnte mit ein paar Einschränkungen weiterhin gelebt werden. Das verdeutlicht der vorliegende Jahresbericht auf eine eindrückliche Art. Jede und jeder Einzelne trug dazu bei, dass das Leben und unsere Gemeinschaft, so gut es möglich war, gepflegt wurde und wir gemeinsam am selben Strang zogen. Die Fraktion dankt den Verfasserinnen und Verfasser für diesen interessanten und ausführlichen Jahresbericht 2020.

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Ich schliesse mich diesem Dank sogleich an. Der Jahresbericht eröffnet einem den Moment, der hier wirklich passt, der Verwaltung mit der Leitung, aber auch dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit zu danken. Man sieht die Arbeit diesem dicken Buch an, dass hier sehr viel ging. Ich möchte dabei ganz subjektiv zwei, drei Punkte hervorheben, die mir auffielen. Das wäre beispielsweise die Tatsache, dass wir bekanntlich kein SIP¹ mehr haben, obschon vielleicht nicht alle, aber doch eine grosse Mehrheit hier im Saal dies eigentlich befürwortet. Man wollte es zwar nicht so, wie es uns der Gemeinderat vorlegte oder vorlegen musste und wohl auch mit Sachzwängen zusammenhängt, die manchmal schwierig zu durchbrechen sind. Das Resultat ist nun aber eben, dass wir kein SIP mehr haben. Aber es wird im Jahresbericht ja auch versprochen, dass man am Schauen ist, wie diese Dienstleistung wiedereingeführt werden kann.

Zumindest aus meiner Sicht erfreulich ist die Tatsache, dass gegen diese vermaledeiten Elterntaxis etwas unternommen wird. Dazu gibt es in der Holzmatte bereits ein Pilotprojekt mit einem Halteverbot und man beobachtet, wie sich dies dann auch bewährt. Da bin ich sehr froh darum. Auch die Autoposer,

¹ SIP = Sicherheit – Intervention – Prävention.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

die wahrscheinlich einem gehörigen Teil hier im Saal auf die Nerven gehen, wenn sie jeweils mit ihren Fahrzeugen vorbeiparodieren, nahm man unter die Lupe. Dabei zahlt es sich aus, dass das Amt für öffentliche Sicherheit von Langenthal eine gute Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei pflegt, da wir selber ja im Gegensatz zu früher über keine Stadtpolizei mehr verfügen. Dazu unternahm man im Jahr 2020 wirklich einiges, um dieses Phänomen etwas zurückzudrängen; ein Phänomen, das wir ja nun wirklich nicht brauchen.

Etwas, das jeweils vergessen geht und ich deshalb auch hier beim Jahresbericht erwähne, ist die Tatsache, dass die Stadträtinnen und Stadträte ehemals zu jeder Sitzung jeweils eine ganz lange Traktandenliste erhielten, da die ersten 15, 20 oder manchmal gar 25 Traktanden immer Einbürgerungen betrafen, worüber der Stadtrat in früherer Zeit zu befinden hatte. Dazu kann man geteilter Meinung sein, ob dies sinnvoll war oder nicht. Auf jeden Fall wurde dies dann einmal, gestützt auf kantonale Gesetzesänderungen, eingestellt, sodass diese Aufgabe nun dem Gemeinderat zufällt und wir dies eigentlich nur noch im Jahresbericht zur Kenntnis nehmen und im letzten Jahr insgesamt 31 Personen neu Schweizerin oder Schweizer wurden.

Ich habe noch zwei letzte Bemerkungen, die uns im Jahresbericht auffielen. Insgesamt ist er sehr informativ und man kann viel davon profitieren, wozu ich wirklich mein Kompliment aussprechen möchte. Wir fragen uns einfach, ob die jährlich wiederholende Aufzählung der ständigen Aufgaben bei jedem Amt und jedem Fachbereich, bald auch noch bei jeder Fachstelle, wirklich nötig ist. Es ist klar, dass wenn jemand nur ein einziges Mal einen solchen Jahresbericht anschaut, so kann das hilfreich sein. Für uns Stadträte ist es jährlich dieselbe Wiederholung und uns dünkt, dass man dies zumindest straffen könnte. Und das zweite, das uns auch noch auffiel, betrifft die Richtlinien der Regierungstätigkeit, die bislang immer sehr ausführlich und detailliert waren. Man sah dabei auch an vielen Orten, dass es Aufgaben gab, deren Bearbeitung man nicht einmal zu starten begann, obwohl das Datum bereits abgelaufen war, oder man festzustellen hatte, dass die Bearbeitung zumindest in Verzug ist. Da hätte ich beinahe gesagt, dass dies bei einer solch grossen Menge ja auch kein Wunder ist. Nun liegt uns auf dem Pult eine Broschüre vor, die nun deutlich besser aussieht. Ich glaube, dass man hier einen Schritt in die richtige Richtung unternahm, weil es so wie bis anhin nicht allzu viel brachte. Das jetzige Aussehen dünkt mich nun viel besser. Deshalb möchte ich hier zum Schluss noch ein Lob aussprechen. Gesamthaft nahm die FDP/jll-Fraktion gerne Kenntnis von diesem Jahresbericht, bedankt sich auch nochmals für die Arbeit und wünscht sich auch, dass es möglichst weiterhin so läuft. Danke.

SVP-Fraktion, Daniel Bösiger (SVP): Ich halte mich kurz und auch ich möchte mich im Namen der SVP-Fraktion recht herzlich bei der Verwaltung für ihre Arbeit bedanken. Der Stadtpräsident sprach jeweils vom Geschichtsbuch, das geschrieben wird, und in dem Sinne danke ich auch allen Autorinnen und Autoren, die ihren Beitrag zu diesem Geschichtsbuch beitrugen. Inhaltlich gehe ich nicht auf die Details ein, da wir dies ja in letzter Zeit als Bettlektüre ausführlich studieren konnten. Deshalb bedanke ich mich nochmals im Namen der SVP-Fraktion für die Abfassung.

glp/EVP-Fraktion, Janina Müller (EVP): Vorab möchte ich mich persönlich noch gerne für alle Glückwünsche zu Beginn der Sitzung bedanken.

Den Jahresbericht betreffend möchten wir allen danken, die zum Verfassen beitrugen. Inhaltlich haben wir keine grossen Bemerkungen zu machen. Allerdings fänden wir es schade, wenn eine solch grosse Arbeit einfach im Archiv verschwindet, weshalb wir es begrüssen, wenn man diesen Jahresbericht noch etwas unter die Leute bringt, insbesondere bei denjenigen, die sich mit der Thematik nicht so intensiv befassen wie wir hier drinnen.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Dem scheint nicht so zu sein. Gibt es sonst noch Wortmeldungen zum Jahresbericht? So erkläre ich auch diese Beratung als geschlossen. Wünscht der Gemeindepräsident nochmals das Wort? Nein, so nehmen wir den Jahresbericht zur Kenntnis, gibt es dazu ja keine Abstimmung.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

III Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt, gestützt auf Art. 62 Abs. 2 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009, Kenntnis vom Jahresbericht 2020 des Gemeinderates.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5- Heimverein Pfadi Langenthal: Gewährung eines Darlehens für Sanierungsarbeiten am Pfadiheim: Genehmigung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Unter Traktandum Nr. 5 geht es um die Genehmigung und Kreditbewilligung zur Gewährung eines Darlehens für die Sanierungsarbeiten am Pfadiheim des Heimvereins Pfadi Langenthal. Wird dazu das Eintreten bestritten?

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Da dies nicht der Fall ist, gehen wir zur Berichterstattung über und ich bitte Helena Morgenthaler, Ressortvorsteherin Kultur und Sport um ihre Ausführungen.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): «Allzeit bereit», das ist der internationale Pfadi-Gruss und «Jeden Tag eine gute Tat» ist sicherlich auch das Motto des Pfadivereins Langenthal. Der Verein hat 170 Angehörige ab einem Alter von fünf Jahren, trifft sich regelmässig und betreut die Kinder tage- oder wochenendweise, geht mit ihnen in Lager und macht auch sonst noch viel Gutes. Für den Pfadiverein engagiert sich in diesem Geschäft der Heimverein Pfadi. Dieser wurde nämlich im Jahr 1985 mit dem Ziel gegründet, ein Pfadiheim zu erstellen. Im Jahr 1985 konnte man eine alte Lagerhalle der Brauerei Hürlimann aus Zürich günstig erwerben. In der Folge wurde sodann dieses Pfadiheim von vielen Handwerkern aus Langenthal und Frondienstleistenden erstellt. Schon damals gewährte die Stadt diesem Projekt ein Darlehen. 1992 konnten die Pfadi dann dieses Heim beziehen. Zwei Darlehen aus dem Jahr 1986 und 1995, zusammen insgesamt Fr. 216'000.00, wurden von der Stadt zinsfrei vergeben und sind heute mit Fr. 40'000.00 in der städtischen Buchhaltung wertberichtigt erfasst.

Heute steht die ehemalige Lagerhalle der Brauerei Hürlimann, respektive dieses 30-jährige Pfadiheim erneut im Fokus. Dringende Sanierungen stehen an. Und diese Sanierungen kann der Heimverein und der Pfadiverein nicht selber stemmen. Es geht dabei um die Sanierung von Fenstern, vom Dach, von elektrischen Installationen, der Beleuchtung, von sanitären Einrichtungen und von Kücheneinrichtungen. Daneben gilt es Schreiner- und Bodenbelagsarbeiten zu erledigen. In guten Jahren kann der Heimverein mit Mieteinnahmen über rund Fr. 30'000.00 aus Vermietungen und Anlässen rechnen.

So komme ich nun zu einigen Zahlen: Laut Offerte der Handwerker betragen die Sanierungsarbeiten Fr. 243'000.00. Der Heimverein, die Pfadi-Abteilung und die Jahres-Sponsoren könnten Fr. 28'000.00 beisteuern, sodass also eine Summe über Fr. 215'000.00 offen bleibt. Und genau um diesen Betrag geht es heute Abend. Der Heimverein bemühte sich deshalb darum, beim Lotteriefonds eine Unterstützung zu erhalten und auch die Pfadistiftung Schweiz wäre bereit, einen Betrag von Fr. 4'000.00 zu leisten, sodass schlussendlich rund Fr. 143'000.00 anstehen.

Der vorliegende Vertragsentwurf, wie Sie ihn in den Akten vorfinden konnten, wurde natürlich mit dem Heimverein abgesprochen. Auch die teilweise Anpassung, hatte doch die Finanzkommission noch einen anderen Vorschlag unterbreitet, wovon der Gemeinderat dann nochmals abwich und es etwas abschwächte, wurde erneut mit dem Pfadi-Heimverein rückbesprochen.

Sie konnten die entsprechenden Eckwerte des Darlehensvertrags im Bericht und Antrag nachlesen. Eine Verzinsung von zwei Prozent über die Zeitdauer von 25 Jahren würde zu einem Zins von Fr. 75'000.00 führen und somit rund das halbe Darlehen umfassen. Alles was den Darlehensbetrag über Fr. 150'000.00 übersteigt, wäre zwei Jahre lang zinsfrei. Diese Vorgehensweise stellt den Heimverein etwas unter Druck, dass er die Abrechnungen der Handwerker zügig einholt und dass der Lotteriefonds danach auch seinen Beitrag einschiesst. Vertraglich ist ein monatliches Reporting vereinbart, womit auch über den Baufortschritt, über die Rechnungseingänge und auch über die Geldzuflüsse informiert werden muss. Die Zahlung des Lotteriefonds ist ausschliesslich für die Rückzahlung dieses Darlehens vorgesehen. Der Stadt wird daneben ein Grundpfandrecht im zweiten Rang eingeräumt. «Jeden Tag eine gute Tat», geschätzte Damen und Herren. Ich bitte Sie deshalb dem Anliegen des Heimvereins zuzustimmen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank, Gemeinderätin Morgenthaler. Eine Berichterstattung der GPK liegt keine vor, sodass ich sogleich erfrage, wer sich seitens der Fraktion zu diesem Geschäft äussern möchte?

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Wir machen es ebenso ganz kurz, finden wir doch den Heimverein wie auch die Pfadi eine super Sache, sodass dieses Geld sicher sehr gut investiert ist. Die SP/GL-Fraktion stimmt diesem Antrag einstimmig zu. Merci vielmals.

glp/EVP-Fraktion, Michael Dübi (EVP): Wir von der glp/EVP-Fraktion stimmen dieser Kreditbewilligung einstimmig zu, weil auch wir dies eine gute Sache finden. Wir diskutierten noch darüber, ob es vielleicht Möglichkeiten für Pfadfinderkinder geben könnte, bei diesem Umbauprojekt Eigenleistungen miteinzubringen. Über die geeignete Form müsste man sich dann sicherlich noch genauer Gedanken machen. Danke.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Auch die SVP-Fraktion steht klar hinter diesem Kredit. Der Heim-, respektive der Pfadiverein offeriert eine unbestrittenermassen sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Die Stadt Langenthal legte in den vergangenen Jahren eine gewisse Grosszügigkeit an den Tag, respektive stellte dabei auch bewusst ihren Charakter als Kulturstadt in den Vordergrund und gewährte beispielsweise auch dem FC Langenthal ein Darlehen. Es wäre somit nicht nachvollziehbar, wenn man hier jetzt plötzlich eine andere Linie einschlagen würde. Der Bedarf ist dabei ja klarerweise ausgewiesen und ebenso klar ist, dass der Verein von sich aus nicht in der Lage ist, dies alles alleine stemmen zu können. Im Übrigen darf man festhalten, dass mit dem Grundpfand und der damit verbundenen rechtlichen Absicherung einerseits und der Verpflichtung andererseits, ein Unterstützungsgesuch beim Lotteriefonds einzureichen, doch gewisse Sicherheiten vorliegen, dass man hier nicht irgendwie von einer A-fondsperdu-Leistung reden müsste. Ich glaube, da wurde gute Arbeit geleistet.

In unserer Fraktion diskutierten wir noch darüber, ob es eigentlich nicht wünschenswert gewesen wäre, einen fixfertig unterschriebenen Vertrag mit Vorbehalt zu erstellen, so wie man dies auch früher machte. Auf der anderen Seite durften wir zur Kenntnis nehmen, dass eigentlich ein ausgearbeiteter Entwurf vorliegt. Im Übrigen war es gemäss meiner Erinnerung sogar ein Wunsch aus den Reihen des Stadtrates, künftig so zu verfahren, dass man die Eckwerte des Vertrags definiert und die redaktionelle Finissage sozusagen dem Gemeinderat überträgt. Wir sind über diese Willensbekundung nicht in allen Teilen glücklich, aber respektieren dies selbstverständlich und stimmen diesem sinnvollen Kredit einstimmig zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

FDP/jll-Fraktion, Daniel Bircher (FDP): Wie ich sehe, sind auch hier im Saal etliche Pfadfinder anwesend. Ich kann es vorneweg nehmen, dass auch die FDP/jll-Fraktion eine gute Tat vollbringt und diesem Geschäft grossmehrheitlich zustimmt. Es gab dennoch noch etwas zu reden, handelt es sich dabei doch um ein recht grosses Darlehen, wenn man dann auch noch das alte Darlehen dazu addiert, das bislang auch noch nicht amortisiert wurde und es ja auch noch offen ist, wie hoch der Beitrag des Lotteriefonds ausfallen wird. Da ist man dann eben darauf angewiesen, dass man jemanden hat, der diese Leistungen bezahlt, dessen Zahlung ja erst im Nachhinein erfolgt. Wir hoffen dann einfach, dass diese angekündigten Fr. 68'000.00 auch effektiv eintreffen und so zurückbezahlt werden können.

Wir stellten uns zudem auch noch die Frage der Gleichbehandlung aller Vereine. Da gab es in unserer Fraktionssitzung schon das eine oder andere Votum, ob es korrekt ist, wenn ein Verein in dieser Form unterstützt wird? Was uns bei den bevorstehenden Arbeiten dann noch wichtig ist anzuschauen, ist das Forcieren von Eigenleistungen. Vielleicht ist eine Unternehmung auch einmal bereit, zusammen mit den Pfadfindern eine Arbeit zu erbringen, damit es etwas günstiger kommt. Wir denken aber auch an das Sponsoring, das bislang mit Fr. 3'000.00 ausgewiesen ist, wozu wir aber der Meinung sind, dass man da noch etwas mehr machen kann und es ja auch noch nicht zu spät dafür ist. Da kann doch noch versucht werden, Geldgeber anzuschreiben und ich glaube, da lassen sich schon noch Leute finden, die da etwas zur Reduktion des städtischen Darlehens beitragen könnten. Das wär's.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke. Gibt es noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher zu dieser Vorlage? Gibt es weitere Wortmeldungen? Wünscht die Gemeinderätin nochmals das Wort?



III Abstimmung

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Da dies alles nicht zutrifft, kommen wir zur Abstimmung. Wer dem gemeinderätlichen Antrag gemäss Beschlussziffer 1 und 2 zustimmen möchte, soll dies mit seiner Stimmkarte bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009, und nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 19. Mai 2021, beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 2 Enthaltungen:**
 1. **Der Gemeinderat wird ermächtigt, mit dem Heimverein Pfadi Langenthal einen Darlehensvertrag mit folgenden Eckwerten abzuschliessen:**
 - a. **Der Darlehensbetrag beträgt maximal Fr. 215'000.00.**
 - b. **Das Darlehen ist für die Sanierung des Pfadiheims gemäss Projektbeschrieb des Heimvereins Pfadi Langenthal vom 12. Dezember 2020 zu verwenden.**
 - c. **Die Laufzeit des Darlehensvertrages beträgt 25 Jahre.**
 - d. **Der jährliche Zinssatz beträgt 2 %. Der den Betrag von Fr. 150'000.00 übersteigende Teil des Darlehensbetrags wird während zwei Jahren zinslos gewährt.**
 - e. **Der Heimverein Pfadi Langenthal wird verpflichtet, beim Lotteriefonds ein Unterstützungsgesuch einzureichen und den vom Lotteriefonds ausbezahlten Betrag vollumfänglich zur sofortigen Teilrückzahlung des Darlehens zu verwenden. In jedem Fall hat aber innert zwei Jahren eine teilweise Rückzahlung bis zu einem Darlehensbetrag von Fr. 190'000.00 zu erfolgen. Die Frist beginnt zu laufen, sobald der Darlehensbetrag die Summe von Fr. 150'000.00 übersteigt.**
 - f. **Das Darlehen wird grundpfandgesichert.**
 2. **Der zur Gewährung des Darlehens erforderliche Investitionskredit in der Höhe von maximal Fr. 215'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 2300.5460.16 "Heimverein Pfadi; Darlehen Sanierung Pfadiheim", bewilligt. Allfällige Beiträge sind dem Konto 2300.6460.16 "Heimverein Pfadi; Darlehen Sanierung Pfadiheim; Beiträge Lotteriefonds und Schweizerische Pfadistiftung", gutzuschreiben.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Schulzentrum Kreuzfeld: Erneuerung Musikschul- und Bibliotheksgebäude, Turnhallenstrasse 22: Phasen Vorprojekt und Bauprojekt: Zustimmung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir kommen zu Traktandum Nr. 6. Hier geht es beim Schulzentrum Kreuzfeld um die Zustimmung und Kreditbewilligung zur Erneuerung des Musikschul- und Bibliotheksgebäudes. Wird das Eintreten bestritten?

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Da dies nicht der Fall ist, steigen wir direkt in die Beratung ein. Dazu über gebe ich das Wort an Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Bau- und Planungswesen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich war nie bei der Pfadi, dafür aber in der Musikschule und hin und wieder auch in der Bibliothek und dieses Gebäude hat eine Erneuerung sehr nötig. Sie sehen hier einen Überblick zur Geschichte. Es handelt sich hier innerhalb dieses Kreuzfeld-Komplexes um einen Bau von Hector Egger, den man 1980 für die heutige Nutzung eröffnete und dann auch dafür umbaute. Die meisten Teile, seien es Türen, Fenster, etc. stammen immer noch

aus dieser Zeit. Man nahm dann im Jahr 2009 eine Umgestaltung im Bereich des Eingangs, des Erdgeschosses und von Teilen der Bibliothek vor, aber viele Sachen stammen noch immer aus den 80er-Jahren. Das Gebäude ist denkmalgeschützt und wurde damals von Hector Egger im Stil des neuen Schulhausbaus entworfen, weshalb es immer noch relativ modern aussieht. Aber wie man sieht, hat das Haus sein Alter.

Daraus ergibt sich einerseits einen Handlungsbedarf bezüglich eines behindertengerechten Zugangs. Dort finanzierte der Serviceclub von Langenthal zwar einmal eine Rampe, was aber nicht alles ist. Es gibt Bereiche, die man erhalten möchte, beispielsweise die Eingangssituation bei der Bibliothek mit dem Wandgemälde.

Aber dreht man sich andererseits um, so sieht man, dass die Behindertengerechtigkeit nach dem Eingang bereits ihr Ende findet, hat es doch weder einen Lift, noch eine Anlage, die zur Überwindung dieser Treppe genutzt werden könnte. Daneben erhält man hier einen Einblick ins Personal-WC und auch die Fenster sind bereits über 40 Jahre alt.

Geschichte stadtlangenthal



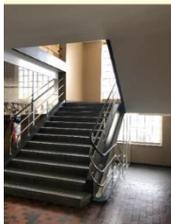
- 1936 Wettbewerb, Architekt Hector Egger
- 1939/1940 Bau als Gewerbeschulhaus
- 1979 Umnutzung für Obergeraunische Musikschule & Regionalbibliothek
- 1980 Eröffnung der heutigen Nutzung.
- 2009 Eingang, Erdgeschoss und Teile Bibliothek umgestaltet.

Denkmalgeschützt.
Stil des "Neuen Schulhausbaus"

Handlungsbedarf stadtlangenthal



stadtlangenthal





Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Auch die sanitären Anlagen entsprechen nicht mehr wirklich dem heutigen Standard. Im Bild ganz rechts sehen Sie noch einen Wasserfleck, der dort an der Decke durchzudrücken beginnt, sodass nachvollziehbar ist, dass das Gebäude einen enormen Sanierungsbedarf aufweist.



Wir müssen laufend zusätzlichen Auflagen durch die GVB¹ nachkommen, was beispielsweise auch die Möblierung in den Gängen anbelangt. Leider gibt es aber auch wenig Gruppenraum oder Ausweichmöglichkeiten für Wartesituationen für die Schülerinnen und Schüler der Musikschule. Das, was hier abgebildet ist, stellt den grösstmöglichen Kompromiss dar, was dann vielleicht bei einer Begehung der GVB wieder weggeräumt werden muss. Wir haben einen nicht ausgebauten Estrich, der nicht isoliert ist und einfach so seit Jahrzehnten brachliegt.



Es gibt daneben auch Situationen, die aus der Zeit stammen, als das Gebäude als Gewerbeschule genutzt wurde. Im obersten Stock findet man beispielsweise eine geplättelte Wand zur Ablage von Regenschirmen. Zudem können Sie die ehemalige Nutzung und den veralteten Standard auch an den Zimmern, den Radiatoren und an den Fenstern erkennen. Hier rechts sehen Sie die Besuchertoilette für diejenigen Damen, die die Bibliothek besuchen wollen; das Herren-WC befindet sich dann aber nur im ersten Stock.



Auch aussen ist ein Sanierungsbedarf ausgewiesen, haben wir doch auch unterschiedliche Storen-Situationen mit Fenstern und Gängen ohne Storen. Daneben gibt es aufgemauerte Storen-Kästen, aber auch integrierte Storen-Kästen. Diese Aussensicht ist insgesamt diesem Haus auch nicht würdig, sodass es auch hier Anpassungen braucht.



¹ GVB = Gebäudeversicherung Bern.



Was sind nun die Ziele dieses Kredits? Hier sehen Sie, was bezüglich dieser Sanierung vorgesehen ist. Es ist sicherlich auch ein Ziel, dass man die Oberaargauer Musikschule Langenthal als Mieterin behalten kann. Sei bezahlt ein entscheidend grosser Teil an Miete und die Regionalbibliothek wird mitfinanziert durch den Kanton Bern, da es sich dabei um eine bedeutende Kulturinstitution der Region handelt. Insofern gibt es auch dafür Mietzinsanteile.

stadtlangenthal

Ziele



- Werterhalt der Liegenschaft.
- Energetische Sanierung.
- Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes.
- Erhalt der Mietenden OML und Regionalbibliothek
- Ertüchtigung auch anhand der spezifischen Mieterinteressen.

Das gewählte Vorgehen beinhaltet einen Studienauftrag im selektiven Verfahren. Das bedeutet, dass wir Planerinnen und Planer aus dem Bereich Architektur einladen, uns in einem Studienauftrag zu beweisen, dass sie hier eine gute Lösung realisieren können. Dazu gehört die Präsentation eines Gestaltungsvorschlags des Hauptzugangs inklusive der internen vertikalen Erschliessung, die auch dem Behindertengleichstellungsgesetz BehiG entsprechen muss. Dazu verlangen wir eine Projektanalyse und ein Honorarangebot, aufgrund dessen die Jury danach die Siegerin oder den Sieger dieses Studienauftrags bestimmt, sodass die Umsetzung an die Hand genommen werden kann.

stadtlangenthal

Verfahren



Die Stadt lädt Planende aus dem Bereich Architektur zu einem Studienauftrag im selektiven Verfahren ein.

Die Aufgabe beinhaltet einen Gestaltungsvorschlag des Hauptzugangs inkl. der internen vertikalen Erschliessung, eine Projektanalyse und ein Honorarangebot.

Wir beantragen Ihnen somit, die Kosten für Vorprojekt und Bauprojekt auslösen zu können. Dabei geht es insgesamt um Fr. 480'000.00. Gemäss dem Investitionsplan rechnen wir mit Gesamtkosten von rund 4,5 Mio. Franken.

stadtlangenthal

Projektierungskosten für die Phasen Studienauftrag, Vorprojekt und Bauprojekt

BPK	Arbeitsgattung	Fr.
1	Vorbereitungsarbeiten/ Bestandesaufnahmen	10'000.00
2	Honorar Planerteam für die Phasen Vorprojekt & Bauprojekt	275'000.00
5	Studienauftrag	128'500.00
	Vervielfältigungen	7'000.00
6	Unvorhergesehenes	24'500.00
	Mehrwertsteuer	34'265.00
	Total Projektierungskosten (inkl. MwSt.) gerundet	Fr. 480'000.00

Gesamtkosten gem. Investitionsplan: Fr. 4'500'000.00

Hier sehen Sie den Beschlussentwurf mit dem Blick durchs Fenster unter dem Dach Richtung Zeitschulhaus, das man ja bereits sanieren konnte. Ich hoffe, dass Sie diesem Projekt heute Abend ebenso zustimmen und die Fr. 480'000.00 sprechen können. Merci vielmals.

stadtlangenthal

Beschlussentwurf:



Der Stadtrat (...) beschliesst:

- a. Der für die Projektierung erforderliche Kredit in der Höhe von Fr. 480'000.00 (inkl. MwSt.) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6940.5040.02 "Projektierung Erneuerung Musikschul- und Bibliotheksgebäude", bewilligt.
- b. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke vielmals für diese Erläuterungen. So folgt nun die Berichterstattung der GPK mit Roland Loser.

GPK-Mitglied Roland Loser (SP): Die GPK schaute sich das Geschäft an. Wir hatten insbesondere Fragen bezüglich der Situation, falls die Oberraugauische Musikschule Langenthal für sich allenfalls eine neue Lokalität sucht und ausziehen würde. Damit verbunden war auch die Frage, ob ihr Verbleib unter Berücksichtigung der hier vorgestellten Planung gesichert ist? Uns wurde diesbezüglich versichert, dass man dabei versucht, mit der Mieterin einen langjährigen Vertrag abzuschliessen. Hier wurde darauf verwiesen, dass die Stadt Langenthal auch über das benötigte Gewicht innerhalb der Organisation verfügt, um diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen und man nicht davon ausgehen muss, dass die Schule plötzlich wegzübelt. Aufgrund unserer weitergehenden Prüfung kamen wir zum Schluss, dass wir die formelle Richtigkeit dieses Geschäfts feststellen können. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Wir kommen zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher.

SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (SP): Um es vorwegzunehmen, teile ich mit, dass wir diesem Geschäft einstimmig zustimmen werden. Ich kann nur bestätigen, was Reto Müller soeben erklärte. Ich ging da heute bei der Musikschule noch kurz vorbei, besuchte ich dort doch vor 35 Jahren meinen Klarinettenunterricht. In der Zwischenzeit musste auch ich eine Sanierung über mich ergehen lassen und es sieht in der Musikschule effektiv immer noch genau gleich aus wie vor 35 Jahren. Am Eingangsbereich wurde ein bisschen etwas gemacht und in der Bibliothek, was man schon auch sieht. Aber es ist dringend nötig, dass dort etwas geht.

Ich möchte vor allem noch darauf zu sprechen kommen, was passiert, wenn wir diesem Projektierungskredit nicht zustimmen. Die Player Musikschule und Bibliothek sind für das Schulareal Kreuzfeld absolut wesentlich. Unsere musikalischen Talente unter den Schülerinnen und Schülern müssen es im Fünf-Minuten-Pausenrhythmus schaffen, in den Musikunterricht zu gelangen. Wenn die Musikschule nun eine neue Bleibe sucht, wozu ja auch schon einmal die Alte Mühle ein Thema war, so können wir es vergessen. Gleiches gilt für die Musikschule, wenn es um eine Lektion direkt nach der Schule geht, da es dann eine Viertelstunde bis 20 Minuten braucht, bis die Schülerinnen und Schüler im Unterricht eintreffen. Somit wäre es alles andere als optimal, wenn die Musikschule nicht mehr in diesem Kreuzfeld-Areal zuhause wäre.

Zu guter Letzt ist bezüglich Bibliothek zu sagen, dass diese Räumlichkeiten zweimal wöchentlich an einem ganzen Vormittag durch unsere über 50 Schulklassen aus dem Kreuzfeldareal besetzt sind und diese Bibliothek dadurch gut besucht wird. Das scheint für uns eine sehr sinnvolle Sache zu sein, den Kindern auch noch Bücher näher zu bringen, auch wenn digitale Medien im Angebot stehen. Ich schätze diese Bibliotheksbesuche und es läuft auch sehr gut. Es wäre für uns deshalb undenkbar, wenn die Musikschule und die Bibliothek aus Gründen, dass das Gebäude nicht mehr richtig bewirtschaftet werden kann, wegziehen würden. Bitte sagen sie Ja zu diesem Projektierungskredit. Besten Dank.

FDP/jll-Fraktion, Daniel Bircher (FDP): Die FDP/jll-Fraktion wird diesem Antrag grossmehrheitlich zustimmen. Es gab gleichwohl gewisse Diskussionen, insbesondere die Höhe dieses Kredits betreffend. Dass es einen Studienauftrag benötigt, konnten wir intern so beantworten, dass dies eben dem öffentlichen Beschaffungswesen unterstellt ist und deshalb mit einem qualifizierten Verfahren durchzuführen ist und keine Möglichkeit besteht, hier jemand nach eigenem Gutdünken auszuwählen, um dadurch Kosten einzusparen. Wir finden, dass wir mit der Musikschule Langenthal einen wichtigen Mieter haben und die Gebäude sehr alt sind und wirklich saniert werden müssen. Das ist offensichtlich, weshalb wir grossmehrheitlich zustimmen. Besten Dank.

glp/EVP-Fraktion, Michael Dübi (EVP): Auch die glp/EVP-Fraktion sieht ein, dass der Handlungsbedarf zur Sanierung dieses Gebäudes gross und unbestritten ist. Aus unserer Sicht ist es wünschenswert, wenn die Projektierung auf eine Energieeigenversorgung dieses Gebäudes hinzielt.



Auch ist es für uns unabdingbar, dass das Bauvorhaben in Abstimmung mit dem Mietvertrag der OML¹ vorgängig ganz sicher geklärt sein muss. Merci vielmals.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Wir von der SVP-Fraktion sind einstimmig für diesen Kredit und können ihn unterstützen. Wir diskutierten allerdings auch die Kredithöhe dieses ganzen Projekts. Nichtsdestotrotz wissen wir immer noch nicht so genau, wie hoch denn dieser Kredit überhaupt ausfällt, weil da ja auch das Architekturhonorar miteingeschlossen ist. Wenn gesagt wird, dass es insgesamt um eine Summe von 4,5 Mio. Franken geht, so erwarten wir dazu einen Bericht, respektive eine Offerte eines Planerteams, weil es ansonsten sehr vage bleibt. Wir finden es wie gesagt gut und sind froh, dass dort etwas geht. Wir finden es auch gut, dass die Vorgaben nicht allzu streng gehandhabt werden, war doch die Vorgabe nicht zwingend formuliert, Minergie A zu erlangen, sondern es alleine darum geht, das Minergie-Label anzustreben, was ich mit Wohlwollen zur Kenntnis nahm. Ich finde, das soll mit dem nötigen Augenmass angegangen werden, ohne dass man versucht, mit unnötigen Massnahmen die Welt zu verbessern, sondern versucht, nützlich, im besten Einklang mit allen möglichen Ressourcen eine gute Lösung zu realisieren. In dem Sinn danke ich.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Gibt es dazu noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

Pascal Dietrich (FDP): Es ist für mich absolut unbestritten, dass man dieses Gebäude sanieren muss. Es ist sonnenklar, was man ja auch an den Fotos erkennen konnte und wir wissen es, wenn man selber dort durchgeht. Ich habe überhaupt kein Problem damit, das muss man machen. Aber wenn ich die Höhe dieses Kredits anschau, so "strahlt" es mich einfach nach hinten. Was wir hier in Langenthal für Planungen und Projektierungen an Geld ausgeben, ist aus meiner Sicht einfach unglaublich. Wir geben dafür eine halbe Million Franken aus und es ist noch kein Nagel eingeschlagen und es ist auch noch kein Quadratzentimeter Wand angestrichen. Es ist noch nichts gemacht, sondern es geht hier einfach um eine halbe Kiste allein nur, um etwas zu planen und zu projektieren. Das kann man so machen, wenn man es vermag. Langenthal vermag es. Aber eine Gemeinde, die nun finanziell weniger Spielraum hat, könnte sich so etwas nicht leisten. Mir ist klar, dass die Vorgaben aus dem Submissionsrecht bestehen, aber eine Gemeinde mit einem finanziell engen Korsett würde dabei sicherlich Wege finden, einen tieferen Projektierungskredit aufzugleisen. Und ich habe auch sonst das Gefühl, dass es in diesem Kredit schon noch etwas Luft hat, damit man ihn dann ja nicht überschreitet und es am Ende noch einen Nachkredit benötigt. Mir persönlich passt das nicht und wir sollten hier einfach den Gürtel etwas enger schnallen. Wie gesagt ist es sonnenklar, dass man dieses Gebäude sanieren muss, aber einer halben Million Franken allein für das Projektieren kann ich nicht zustimmen. Danke.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte sich der Gemeinderat nochmals zu Wort melden? Nein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

III Abstimmung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wer dem gemeinderätlichen Antrag gemäss Beschlussziffer 1 bis 3 zustimmen möchte, soll dazu bitte die Karte erheben. Gegenmehr? Enthaltungen?

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 19. Mai 2021, beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein bei 2 Enthaltungen:**
 1. **Der Projektierung der Erneuerung des Musik- und Bibliothekgebäudes, Turnhallenstrasse 22, wird zugestimmt.**
 2. **Der für die Projektierung erforderliche Kredit von Fr. 480'000.00 (inklusive MWST) wird zu**

¹ OML = Oberaargauische Musikschule Langenthal.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6940.5040.02 "Projektierung Erneuerung Musikschul- und Bibliotheksgebäude", bewilligt.

3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. Motion Clavadetscher Diego (FDP), Beyeler Paul (EVP), Freudiger Patrick (SVP) und FDP/jll-Fraktion vom 29. Juni 2020: Führung der mehrheitlich von der Stadt gehaltenen Gesellschaften (Teilbereich B Einflussnahme durch Eigner- oder Eigentümerstrategie): Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Es folgt Traktandum Nr. 7 betreffend die Motion von Diego Clavadetscher, Paul Beyeler und Patrick Freudiger. Dabei geht es um die Führung von mehrheitlich durch die Stadt gehaltenen Gesellschaften. Hier handelt es sich aufgrund der vorgegebenen Frist um ein zwingendes Geschäft und das Nichteintreten ist ausgeschlossen, sodass wir direkt in die Beratung gehen.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Eine Berichterstattung des Gemeinderates liegt keine vor, da die Antwort bereits schriftlich zugestellt wurde. Auch die GPK verzichtet auf eine Berichterstattung. Nun hätten die Motionäre die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Sprecher der Motion, Diego Clavadetscher (FDP): Bei dieser Motion geht es heute darum, ob wir sie abschreiben wollen oder nicht. Wenn man diesen Bericht durchgeht, so stellt man zwei Dinge fest: Erstens legte der Gemeinderat entgegen des an der Stadtratssitzung vom 14. September 2020 aus der Mitte des Parlaments deutlich anders formulierten Wunsches dar, dass er die KEB¹ nicht in Gruppen von Gesellschaften integrieren möchte, die mit einer Eigentümerstrategie versehen sind. Das scheint aus meiner Sicht ein Ausdruck von mangelnder Führung und kein Zeichen von «Good Governance», wie man neudeutsch sagt.

Bei der IBL² ist das Gegenteil der Fall. Wenn ich hier vom Gegenteil rede, ist dies nicht als Kritik zu verstehen, sondern einfach einmal als nüchterne Feststellung. Die IBL verfügt bereits über eine Eigentümerstrategie, die nun nach rund fünf Jahren überarbeitet wird, was so wahrscheinlich auch seine Richtigkeit hat. Was zweitens aber meiner Meinung nach nicht sein müsste, ist, dass man Fr. 55'000.00 dafür ausgeben will, damit dies jemand moderiert und dessen Arbeit im Wesentlichen daraus besteht, dass er das Inhaltsverzeichnis seines Buches abdruckt. Das ist extrem teuer und ist schade. Es ist nicht das Thema des heutigen Abends, aber diese beiden Punkte waren anzusprechen, wenn es darum geht, diese Motion noch abschliessend zu behandeln.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank, Diego Clavadetscher. Gibt es Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher, die sich dazu äussern möchten?

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Auch wir in der SVP-Fraktion wunderten uns ein bisschen, warum die KEB von dieser Eigentümerstrategie ausgenommen werden soll. Dass man nun bei der IBL über die Bücher geht, ist vielleicht richtig, nicht zuletzt auch im Hinblick auf mögliche Veräusserungen von Beteiligungen. Über die Kostenhöhe kann dann ja noch diskutiert werden. Dass nun die KEB da nicht integriert wurde, gibt schon ein wenig Anlass zu Fragen. Wenn man dann der Meinung wäre, dass der Aktienanteil zu wenig hoch ist um mit der Eigentümerstrategie auf die Gesellschaft entsprechend Einfluss zu nehmen, so bekomme ich langsam ein Problem damit, dass man beim Verselbstständigen andauernd in Aktiengesellschaften ausgliedern will.

Die einzige Idee nämlich, warum man die AG als Rechtsform für eine Verselbstständigung wählt, ist, damit man mit Beteiligungen handeln kann. Und wenn es dann plötzlich so ist, dass man viele Beteiligungen veräussert und nur noch eine knappe Mehrheit hält, so entspricht dies keiner Eigentümerstrategie mehr. Dies wäre sodann auch nicht mehr mein Verständnis einer Ausgliederung. Die Stadt Langenthal ist ja auch dann noch Eigentümerin von Anteilen, auch wenn sie nur noch eine knappe Mehrheit hält. Und selbst dann, wenn sie nur noch eine relative Mehrheit innehat, sagen wir einmal einen Anteil unter 50 Prozent, aber mehr als die anderen Eigentümer, gilt die Vorgabe der Eigentümerstrategie ja

¹ KEB = Kunsteisbahn Langenthal AG.

² IBL = IB Langenthal AG



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

immer noch. Ich meine, die Veräusserung von Beteiligungen dispensiert nicht vom Erlass einer Eigentümerstrategie, im Gegenteil. Und möglicherweise ist auch der Beschluss, die KEB nicht weiter zum Gegenstand einer Eigentümerstrategie zu machen, noch nicht der Weisheit letzter Schluss. Ich würde nun deshalb den Gemeinderat höflich ersuchen, sich über die Sinnhaftigkeit dieses Verzichts noch einmal Gedanken zu machen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

FDP/jll-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP): Diego Clavadetscher redete nun als Motionär, das heisst, dass er sogleich auch für die Fraktion redete, denn auch sie ist Urheberin dieser Motion. Ich rede hier nun einfach ergänzend nochmals kurz für die Fraktion. Erstens diskutierten wir all das, was nun Diego Clavadetscher und Patrik Freudiger in ihren Voten erwähnten, ebenso in unserer Fraktion und wir teilen diese Meinung zu 100 Prozent. Wir sind nun aber einstimmig der Meinung, dass man diese Motion abschreibt. Dies teile ich hier einfach zur Information und der Vollständigkeit halber mit. Merci vielmals.

SP/GL-Fraktion, Simon Lüdi (SP): Wir diskutierten dieses Traktandum an unserer Fraktionssitzung natürlich auch und die Ausführungen des Gemeinderates sind für uns nachvollziehbar und beantworten unserer Meinung nach die Frage der Motionäre oder zumindest unsere. Über die Begründung, warum die KEB nicht miteinbezogen wurde, kann man durchaus geteilter Meinung sein. Dennoch beantragt unsere Fraktion, dem Gemeinderat zu folgen und diese Motion als erledigt abzuschreiben. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Gibt es noch weitere Fraktionssprechende? Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Da es auch keine weiteren sonstigen Wortmeldungen gibt, erkläre ich die Beratung für geschlossen. Wünscht der Sprecher der Motion nochmals das Wort? Nein, das ist ebenso wenig der Fall.

III Abstimmung

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): So schreiten wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 und 2 folgen und damit auch die Abschreibung der Motion gutheissen möchte, soll dies nun mit seiner Stimmkarte anzeigen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?

■ **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Prüfberichts vom 26. Mai 2021, beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:**

- 1. Motion Clavadetscher Diego (FDP), Beyeler Paul (EVP), Freudiger Patrick (SVP) und FDP/jll-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2020: "Führung der mehrheitlich von der Stadt gehaltenen Gesellschaften", Teilbereich B "Einflussnahme durch Eigner- oder Eigentümerstrategie", wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8. Postulat der SVP-Fraktion vom 18. März 2019: Sportförderung für alle Nachwuchsmannschaften der Sportvereine (am 24. Juni 2019 erheblich erklärt): Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist: Beschluss

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir gehen zügig zu Traktandum Nr. 8 über. Wir sehen zwar, dass es wohl zeitlich nicht ganz reicht, unsere Sitzung bis zum Matchbeginn zu beenden. Bei dem nun vorliegenden Traktandum geht es ja auch gerade um Sport und betrifft die Verlängerung der Bearbeitungsfrist bezüglich des Postulats der SVP-Fraktion betreffend Sportförderung für alle Nachwuchsmannschaften. Auch hier muss darauf eingetreten werden, handelt es sich hierbei um ein zwingendes Geschäft.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Die Berichterstattung übernimmt Helena Morgenthaler, Ressortvorsteherin Kultur und Sport.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Zuerst muss ich mich entschuldigen. Wir sind mit der Reaktion, respektive mit dem Prüfbericht mittlerweile mit rund vier Tagen in Verzug, trat das Geschäft doch per 24. Juni 2019 in Rechtskraft. Dies betrifft meinen ersten Punkt. Zweitens sahen Sie in den Unterlagen, dass im März 2021 bereits einmal ein Entwurf eines Prüfberichts vorlag, sich aber das Konzept der Bewegungs- und Sportsförderung dannzumal noch in Bearbeitung befand. Mittlerweile geht das Konzept kurzum auf den Behördenweg und die Erstellung eines solchen Prüfberichts macht keinen Sinn, wenn noch keine Übersicht über dieses Konzept vorliegt. Erst bei Vorliegen aller Unterlagen ist eine Gesamtschau vernünftig. Darum bitte ich Sie, dem Antrag auf Fristverlängerung zuzustimmen. Danke.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Merci vielmals, Helena Morgenthaler. Eine Berichterstattung der GPK gibt es keine. Gibt es Voten seitens der Fraktionen?

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Ich muss Ihnen sagen, dass die FDP/jll-Fraktion leer schluckte, als wir diesen Fristverlängerungsantrag zur Kenntnis nehmen durften. Und wir werden ihn auch grossmehrerheitlich ablehnen. Warum ist das so? Aus unserer Sicht ist dies einfach eine zähe Vorgehensweise und ein Trödeln. Wir hatten am 9. Februar 2020 eine Abstimmung über die Erhöhung des Beitrags an die KEB zugunsten des Nachwuchses des SC Langenthal. Sie erinnern sich bestimmt, dass dies hier bei uns in Langenthal recht umstritten war und dann am Schluss auch knapp abgelehnt wurde. Und was wurde damals bei diesem Abstimmungskampf ins Feld geführt? Seitens der Gegner wurde gesagt, dass es schon gut ist, wenn man sporttreibende Kinder und Jugendliche unterstützt, dieser Beitrag aber nicht isoliert betrachtet werden sollte. Entsprechend wurde auf das Warten des Sportförderungsgesetzes verwiesen, das praktisch abgeschlossen ist und kurz davorsteht, auf den Behördenweg zu gehen.

Das war im Januar 2020. Und nun im Juni 2021, das heisst 18 Monate später, dürfen wir lesen und auch hören, dass das Sportförderungskonzept praktisch fertig ist und nun kurz davorsteht, in die Vernehmlassung geschickt zu werden. Da frage ich mich, was man da während 18 Monaten machte? Das ist einfach nicht so, wie wir uns das vorstellen. Und wenn ich nun auf Seite 11 der neuen Regierungsrichtlinien unter «Kultur und Sport» lese, dass «die Stadt ein Konzept initiiert, entwickelt und bis 31. Dezember 2024 umsetzt», so habe ich einfach den leisen Verdacht, dass wir dann irgendwann im März 2022 die nächste Fristverlängerung vorgelegt erhalten, bei der darauf verwiesen wird, dass das Konzept nun eben auf das neue Ziel abzustimmen ist, das bis Dezember 2024 vorliegen soll. Ich wiederhole mich nochmals, dass dies nicht das ist, was wir uns vorstellen. Das muss jetzt zackig vorwärtsgehen, beziehungsweise wurde uns dies bereits im Januar 2020 entsprechend versprochen. Und nun kommt man im Juni 2021 mit einer Fristverlängerung. Die FDP/jll-Fraktion ist mit diesem Vorgehen nicht einverstanden und lehnt diese Fristverlängerung grossmehrerheitlich ab. Ich danke für die Aufmerksamkeit.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke. Gibt es weitere Fraktionsprechende? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Gibt es sonstige Wortmeldungen? So betrachte ich die Beratung als geschlossen. Wünscht Gemeinderätin Morgenthaler nochmals das Wort? Nein, so kommen wir in dem Fall direkt zur Abstimmung.¹

III Abstimmung

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussziffer 1 und 2 zustimmt, soll bitte die Karte hochhalten. Gegenstimmen? Enthaltungen?

■ **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 57 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 28. April 2021, beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 10 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:**

1. **Die Fristverlängerung bis 31. März 2022 für die Umsetzung des Postulats der SVP-Fraktion vom 18. März 2019: "Sportförderung für alle Nachwuchsmannschaften der Sportvereine" (erheblich erklärt am 24. Juni 2019), wird genehmigt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ Wir sind nun mittlerweile zwei Minuten vor Spielbeginn. Damit nun nicht alle auf ihr Handy schauen, dachten wir, dass wir das Spiel hier auf dem grossen Bildschirm lautlos laufen lassen.



9. Jugendpostulat vom 28. Oktober 2019: Klimanotstand in Langenthal: Berichterstattung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Es folgt Traktandum Nr. 9. Dabei geht es um das Jugendpostulat vom 28. Oktober 2019 zum Klimanotstand in Langenthal. Wird dazu das Eintreten bestritten? Dem scheint nicht so zu sein.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Da die Berichterstattung des Gemeinderates bereits schriftlich erfolgte, fällt sie an dieser Stelle aus. Auch eine Berichterstattung durch die GPK ist ebenso wenig angekündigt. So steigen wir direkt in die Beratung ein. Gibt es Fraktionen, die sich dazu äussern möchten?

SP/GL-Fraktion, Fanny Zürn /GL): Wir von der SP/GL-Fraktion begrüssen es sehr, dass der Gemeinderat die Klima- und Energiecharta unterschreibt und sich somit verpflichtet, sich innerhalb der nächsten zwei Jahre eigene Stadtziele zu setzen. Zudem finden wir es ein positives Signal, dass die Jugendlichen vermehrt in die politischen Geschäfte miteinbezogen werden sollen, weil es genau um diese Generationen geht, die zukünftig am längsten mit den Massnahmen leben müssen, aber auch am längsten mit den Folgen der Klimakrise.

Wir sind aber auch der Meinung, dass wichtige Anliegen des Jugendpostulats nur mangelhaft umgesetzt wurden. Die juristischen Bedenken bezüglich der Ausrufung des Klimanotstands sind durchaus legitim. Wir sind aber auch der Ansicht, dass die Jugendlichen keine Absicht hatten, die demokratischen Prozesse aushebeln zu wollen.

Aber das Ausrufen des Klimanotstands wäre ein wichtiges Signal gewesen, um damit dem Thema die höchste Priorität einzuräumen und zu zeigen, dass nun das Handeln wirklich dringend ist. Zudem gibt es in der Schweiz andere Ortschaften wie das Beispiel Liestal zeigt, dass man den Klimanotstand auch anders definieren kann. So hat sich Liestal als Ziel gesetzt, bei jedem politischen Geschäft das Klima mit zu berücksichtigen. Eine weitere Forderung der Jugendlichen war, dass die Bevölkerung transparent über die Folgen des Klimawandels informiert wird. Jetzt ist es so, dass dieser Bericht sehr gut und auch sehr informativ ist und auch auf der Webseite aufgeschaltet wird. Aber wir sind der Meinung, dass dies vielleicht innerhalb von uns Stadträtinnen und Stadträten gesehen wird, aber damit die breite Bevölkerung kaum erreicht werden kann. Es wäre aber sehr wichtig, dass eben genau die Folgen der Klimakrise der breiten Bevölkerung vermittelt werden könnten, da diejenigen Menschen, die vielleicht aufgrund ihrer Schulbildung nicht auf diese Themen sensibilisiert wurden, dadurch keinen Zugang zum Thema haben und deshalb auch mehr Mühe bekunden, sich ein Wissen zum Klimawandel anzueignen. Damit aber einschneidendere Massnahmen ergriffen werden können, die ja auch wirklich nötig sind, ist es wichtig, dass die Menschen auch die komplexen Wechselwirkungen vom Klimawandel verstehen.

Auch bezüglich dem Nettonull-Ziel wird das Anliegen der Jugendlichen nicht erfüllt. Indem wir erst im Jahr 2050 den Nettonull-Ausstoss anzielen, nehmen wir unsere Verantwortung in der Schweiz und auch hier in Langenthal nicht wahr. Erstens haben wir eine historische Verantwortung. Man stiess schon sehr früh sehr grosse Mengen an Treibhausgasen aus. Und zweitens besitzen wir hier in Langenthal die finanziellen, die personellen und die technologischen Ressourcen dazu, um schneller das Nettonull-Ziel zu erreichen. Und genau das wäre wichtig, damit andere Ortschaften, die eben nicht über die finanziellen Ressourcen verfügen, einen zeitlichen Vorsprung erhalten. Wie wir sehen, gibt es mit dem Pariser Klimaabkommen zwar schöne und nette Ziele, aber in der Schweiz schafften wir es im 2020 nicht einmal unsere Jahresziele zu erreichen, was eigentlich ein schäbiges Resultat ist. Wenn wir als Weltgemeinschaft aufgrund fehlender Ambitionen die Erwärmung nicht auf 1,5 Grad runterdrücken können, so werden die Folgen dramatisch sein und es werden Kettenreaktionen ausgelöst werden, die nicht mehr aufzuhalten sind. Es gibt schon heute Hitzetote und es gibt bereits heute Menschen, die flüchten müssen, weil ihr bisheriger Lebensraum nicht mehr belebbar ist. Ebenso gibt es für die Landwirtschaft schon heute extreme Wetterereignisse, die ihre Arbeit sehr erschweren. Die SP/GL-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich folgen. Besten Dank.



Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Gibt es weitere Voten?

FDP/jll-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP): Unsere Fraktion wird hier den Gemeinderat unterstützen. Wir waren ja bereits bei der Überweisung dieses Vorstosses nicht alle Feuer und Flamme, vor allem weil es nicht klar war, was ein Klimanotstand juristisch und politisch genau bedeutet. Wir denken, dass der Gemeinderat mit seinem Vorgehen nun eigentlich eine gute Lösung fand und wir hinter diesem stehen können. Das betraf nun die Fraktionsmeinung.

Und nun werde ich noch eine persönliche Erklärung abgeben. Abgesehen davon, und wirklich unabhängig davon, dass es wahrscheinlich nichts gibt, dass mich weniger interessiert als Herrenfussball, geht das zu weit, dass wir nun hier im Saal diese Übertragung zulassen. Für mich ist dies ein bisschen eine Geringschätzung unserer parlamentarischen Tätigkeit und ich würde mir wünschen, dass dies nun ein einziges Mal passiert und auch bei diesem einzigen Mal bleibt. Ein nächstes Mal werde ich mir erlauben, einen Ordnungsantrag einzureichen.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank für dieses Votum. Ich möchte ansonsten in die Runde fragen, ob jemand der gleichen Meinung wie Beatrice Lüthi ist und ob Sie das Gefühl haben, dass dies stören würde?

Ich sehe, dass Sie doch mehrheitlich der Meinung sind, dass dies stört. In dem Fall werden wir die Übertragung hier wieder abbrechen, damit wir uns auf unsere parlamentarische Arbeit konzentrieren können. Besten Dank. Wem darf ich nun als nächstes das Wort erteilen?

glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp): Wir bedanken uns vorerst für den Bericht, der eigentlich sehr gut aufzeigt, dass es den Klimawandel gibt, und dass man dagegen Massnahmen ergreifen muss. Der Bericht stellt einen guten Überblick dar, was bislang schon gemacht wurde und was man in Zukunft machen sollte. Wir finden es auch gut, dass man diese Charta unterschreibt, aber uns geht dies immer noch ein bisschen zu wenig weit. Beispielsweise wird beim Jugendpostulat eine Klimaneutralität bis 2040 gefordert, was ja eigentlich bereits einen Kompromiss darstellt. Manch andere Jugendpostulate forderten dabei das Erreichen der Klimaneutralität bis ins Jahr 2030 und nun wird in der Charta 2050 als Ziel gesetzt, was eigentlich einer Energiestrategie 2050 entspricht und keinen riesigen Fortschritt darstellt. Wenn andere Städte wie Bern oder Burgdorf den Klimanotstand ausrufen können, so fragten wir uns dabei auch, ob wir denn hier über so viel bessere Juristen verfügen, dass wir wissen, dass dies bei uns nicht geht?

Mit den bereits getroffenen Massnahmen gemäss Punkt 3.6 sind wir auch nicht überall einverstanden, dass alles so löblich ist wie im Bericht dargestellt. Ich denke da beispielsweise an den Bezug von Blaustrom, was einfach ein normales Standardprodukt ist und nichts ist, was man grossartig hervorheben kann. Von uns aus gesehen sollte die Stadt ganz klar grünen Strom beziehen, besonders in Zeiten, da die IBL einen Herkunftsnachweisüberschuss verzeichnet. Zur Solaranlage Weiher wollte ich ursprünglich nichts sagen, aber sie wird in diesem Bericht ja ausdrücklich erwähnt. Dazu muss ich festhalten, dass diese eine echte Katastrophe ist. Wer das besagte Dach kennt und die dort montierte Solaranlage sieht, muss feststellen, dass man nur ein Drittel der möglichen Nutzungsfläche mit einer Anlage belegte und es für uns völlig unverständlich ist, dass die Stadt das so in Auftrag gab und das Ganze erst noch durch eine Firma ausgeführt wurde, die der Stadt gehört. Dies vor allem auch dann, wenn man dies als bereits getroffene Massnahme in einem solchen Bericht erwähnt. Nichtsdestotrotz werden wir zustimmen. Wir sind der Meinung, dass es besser ist, einen halben Schritt zu machen als gar keinen. Aber wir werden uns sicherlich weiterhin dafür einsetzen, dass das Ziel eher Richtung 2040 gehen wird.

SVP-Fraktion, Patrick Freudiger (SVP): Die SVP-Fraktion nahm diesen Bericht mit ausgesprochen gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Ich möchte das Positive vorwegnehmen. Man verzichtet darauf, förmlich den Klimanotstand auszurufen, was aus unserer Sicht als sehr wichtig festzuhalten ist. «Notstand» ist nicht einfach irgendein Spassbegriff, sondern «Notstand» heisst Ernstfall. Unsere Stadtverfassung erwähnt den Notstand und umschreibt den Moment damit, in dem der Gemeinderat Vollmachten erhält.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Man muss da schon ein wenig aufpassen, wenn man damit beginnt, mit solchen Begriffen wie «Notstand» zu argumentieren. Denkt man diesen Gedanken konsequent zu Ende, so bedeutet dies nichts Anderes als «am Parlament vorbei regieren» und steht der Gewaltenteilung als Rechtsordnung entgegen. Das ist wohl etwas, was der «Friday for Future»-Bewegung sehr entgegen käme, aber es widerspricht diametral sämtlichen rechtsstaatlichen Grundprinzipien. Und deshalb tut der Gemeinderat sehr gut daran, wenn er darauf verzichtet, hier den Klimanotstand auszurufen. Es ist aus unserer Sicht auch falsch zu behaupten, dass dies ja lediglich symbolischen Charakter hat und es darum geht, eine Art Gefühl auszudrücken. Man muss einfach aufpassen, wenn dies plötzlich jemand ernst zu nehmen beginnt, was Notstand heisst, so haben wir ein demokratiepolitisches Grundproblem.

Auf der anderen Seite haben wir aber verschiedene Negativpunkte, die ich hier doch auch hervorheben möchte. Ich nenne da beispielsweise die erwähnten Massnahmen, die sich bereits in Umsetzung befinden. Im Bericht verwies man auf die «Massnahme Tempo 30», die sich «in Arbeit» befindet. Aus Sicht der SVP-Fraktion braucht es schon ein gehöriges Mass an argumentativer Akrobatik, um Tempo 30 als Beitrag zum Klimaschutz uminterpretieren zu können. Ob ich nun mit Tempo 30 durch ein Quartier fahre und ich somit langsamer fahre und deshalb mehr Zeit brauche, oder ob man mit 35 oder 40 Stundenkilometer fährt und dabei möglicherweise ein Mikro Mü mehr Abgas ausstösst, mich dafür aber auch schneller wieder ausserhalb des Quartiers befinde, macht keinen Unterschied. Inwiefern dies eine Klimarelevanz haben soll, erschliesst sich uns deshalb schlicht und ergreifend nicht. Ich glaube, es geht hier um andere politische Zielsetzungen, die hier plötzlich mit dem Label «Klimaschutz» zusätzlich mehrheitsfähig gemacht werden sollen. Der Hinweis ist umso bedenklicher, als dass die Stadt Langenthal eine generelle Einführung von Tempo 30 eigentlich schon einmal ablehnte.

Was uns weiter störte, ist die eigenmächtige Ratifizierung des Beitritts zur Klima- und Energiecharta. Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es einigermaßen bedenklich, wenn hier der Gemeinderat in Alleinregie den Beitritt zu Organisationen erklärt, was, auch wenn nur in Form von Soft Law und rechtlich unverbindlichen Erklärungen, dennoch in eine Aussage mündet, die eine rechtspolitische Wirkung hat und beispielsweise hier drinnen an und für sich nicht mehrheitsfähig wäre, oder zumindest auch nicht diskutiert wurde. Wenn Sie sich die Ziffer 3.8.4 anschauen und sehen, was dort in dieser Charta erwähnt wird, so heisst es dort beispielsweise, dass man auf fossile Heizungsbetriebe gänzlich verzichten soll. Selbstverständlich ist auch die SVP-Fraktion der Meinung, dass man im Rahmen der Eigeninitiative vermehrt auf klimaschonende oder schonendere Heizungssysteme umstellen sollte. Aber man muss doch auch zur Kenntnis nehmen, dass man das Energiegesetz im Kanton Bern, das solche Änderungen mit der Brechstange vorsehen wollte, ablehnte. Und jetzt hatten wir das CO₂-Gesetz, das auch im Kanton Bern abgelehnt wurde. Von dem her ist es doch ein wenig fragwürdig, wenn man hier jetzt derart weitreichende Forderungen aufstellt; dies im Rahmen einer Charta, zu der der Gemeinderat am Stadtrat vorbei den Beitritt erklärte.

Wenn Sie nun auch andere darin formulierten Ziele betrachten, so steht in der Klimaenergie-Charta, dass ein Verzicht auf Kernenergie erfolgen sollte. Dass Kernenergie auf Dauer keine Zukunft hat, wurde im Rahmen der Energiestrategie beschlossen, was zuzugestehen ist. Trotzdem ist ein sofortiger Verzicht auf Kernenergie eigentlich nicht etwas, das - sagen wir - politisch mehrheitsfähig ist, und auch im Kanton Bern nicht mehrheitsfähig ist. Und dies wurde auch im Jugendpostulat zumindest nicht ausdrücklich erwähnt. Somit würde man im Rahmen des Charta-Beitritts sogar noch weitergehen wollen, als wie es im Jugendpostulat gefordert wurde, was wir nicht verstehen. Noch weniger verstehen wir, warum der Gemeinderat hier eigenmächtig einen Beitritt erklärte. Das stört uns. Auf der anderen Seite gibt es durchaus auch Fälle, bei denen man das Potential für Klimaschutz auf kommunaler Ebene vielleicht noch gar nicht ausschöpfte. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass der Kanton Bern vor kurzem das Konkordat über das Beschaffungsrecht IVöB¹ ratifizierte. Diese Vereinbarung sieht für Gemeinden Vorbehaltsmöglichkeiten vor, sodass man sich bei Aufgabenübertragungen an Private auch auf kommunaler Ebene von der Einhaltung des Beschaffungsrecht dispensieren lassen kann. Hier wäre der Gemeinderat gefordert, flexible und intelligente Lösungen zu finden, damit man nicht aus falsch verstandenem Submissionsdruck möglicherweise eine klimaschonende und intelligente Lösung

¹ IVöB = Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

durch einen regionalen Verteiler blockiert. Da sehen wir in diesem Bereich sogar durchaus noch Raum und Potential nach oben.

Im Übrigen fiel uns auf, dass es hier im Gemeinderat erstens eine kontroverse Debatte gab und zweitens Mitglied Roberto di Nino Wert darauflegte, dass er in diesem Punkt einerseits eine abweichende Meinung vertritt und diese andererseits auch so kundtut. Das bedeutet, dass es nicht nur darum ging, welche Stimmen in welcher Anzahl einander gegenüberstanden, sondern es liegt hier eine explizite und namentliche Abweichung vor. Und uns würde dann schon interessieren, was Gemeinderat Roberto Di Nino veranlasste, hier eine ausdrücklich abweichende Haltung zu deponieren. Ich möchte beliebt machen, dass die Ratspräsidentin Gemeinderat Di Nino kurz die Möglichkeit zur Stellungnahme gibt. Zum Abstimmungsverhalten der SVP aufgrund der gemischten Eindrücke ist zu sagen, dass wir froh sind, dass man den Klimanotstand nicht förmlich ausrief. Und ja, wir nahmen hier bessere rechtliche Abklärungen vor als in Burgdorf und Bern, was ich nicht anders beschreiben kann. Und man kann nicht aus rechtsstaatlich haltbaren Gründen einen solchen Klimanotstand begrüßen. Das finden wir in Ordnung. Auf der anderen Seite stört uns insbesondere der eigenmächtige Beitritt zur Klima- und Energiecharta. In einer Gesamtabwägung wird sich die SVP-Fraktion darum der Stimme enthalten. Und nun danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Merci vielmals. Darf ich somit das Wort an Gemeinderat Di Nino übergeben.

Gemeinderat Roberto Di Nino (SVP): Es ist schon so, wie es Patrick Freudiger sagte und auch aus den Akten hervorging, dass ich dort in diesem Punkt eine abweichende Meinung vertrat. Ich möchte mich inhaltlich aber nicht dazu äussern, weil es sich natürlich mit den Aussagen von Patrick Freudiger deckt. Es ist mein Unbehagen der Charta gegenüber, da sie sehr umfassend ist und sie nach meinem Dafürhalten eigentlich der politischen Diskussion, die nötig wäre, zuvorkommt. Damit möchte ich nicht länger werden. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke. Gibt es nun noch weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Nein, es äusserten sich ja bereits alle. Gibt es Voten von Einzelsprechenden?

Dyami Häfliger (glp): Es wurde bereits gesagt, dass der Gemeinderat in diesem Prüfbericht einen guten Überblick über die bislang getroffenen Massnahmen gab und damit auch Auskunft über die geplanten und zu regelnden Themenbereiche erteilt. Positiv zu bewerten ist, dass die zuständigen Sachbearbeiter eine ausführliche Lagebeurteilung zur gegenwärtigen Situation verfassten, insbesondere zu den Auswirkungen auf die Schweiz. Dies gilt es herzlich zu verdanken. Man erhielt mit diesem Prüfbericht wirklich einen schönen Überblick über die Auswirkungen des Klimawandels. Und damit wird es auch verständlich, dass Handlungsbedarf besteht. Umso unverständlicher ist es für mich, wenn danach die politischen Entscheidungen des Gemeinderates diesen Ausführungen und Überlegungen nicht folgen. Ich bin dankbar für die bereits eingereichten Vorstösse und Entscheidungen, die uns da einen Schritt weiterbringen.

Das Problem dieser Massnahmen ist Folgendes: Wenn wir immer wie länger zuwarten, um Massnahmen zu beschliessen, werden die Massnahmen umso radikaler. Dies ist schlussendlich ein Teufelskreis; das heisst, wir lehnen die Massnahmen jetzt ab, weil sie zu radikal sind, müssen aber später teurere und radikalere Massnahmen beschliessen. Dies im Verhältnis zu sehen, ist für mich ein Unsinn und wir es ansonsten nicht schaffen, diesen Teufelskreis durchbrechen zu können. Ich begrüsse es persönlich, dass diese Charta unterzeichnet wurde. Für mich stellt sich dazu einfach noch die Frage, wie diese Unterzeichnung der breiten Bevölkerung überhaupt kommuniziert wird, respektive mit welchen Mitteln der Gemeinderat vorsieht, diese Unterzeichnung der Bevölkerung mitzuteilen? Wir hier wissen jetzt, dass diese Unterzeichnung erfolgte, aber ein Grossteil der Bevölkerung hat davon keine Kenntnis. Vielleicht weiss sie es ab heute dank den heute hier anwesenden Journalisten, die das in den Zeitungen entsprechend publizieren. Kein Problem habe ich damit, dass der Klimanotstand nicht ausgerufen wurde, zumal dies im Prüfbericht der GPK wie auch im vorliegenden Prüfbericht des Gemeinderates klar



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

nicht als Notstand im juristischen Sinn verstanden wird. Von dem her betrachte ich es als wenig problematisch, dass er hier nicht ausgerufen wird. Viel wichtiger ist es eben, dass die richtigen Massnahmen ergriffen, beziehungsweise zumindest geplant werden.

Zusammenfassend muss man leider sagen, dass die geplanten Massnahmen derzeit ungenügend ausfallen, um adäquat auf die Herausforderungen des vom Menschen verursachten Klimawandels zu reagieren. Insbesondere vermisse ich eine gewisse Absichtserklärung, was der Gemeinderat nebst dieser Charta als weitere Schritte in Form einer sogenannten «Road Map» in den unterschiedlichen Jahrzehnten konkret unternehmen will. Zudem möchte ich noch einen Nachtrag zu Kollege Freudiger anbringen. Es stimmt, dass der Kanton Bern das CO₂-Gesetz ablehnte, hingegen nahm die Stadt Langenthal das CO₂-Gesetz an. Dies wollte ich hier einfach noch ergänzend anfügen.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (gip): Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

Nathalie Scheibli (SP): Ich entschuldige mich für meine etwas seltsame Stimme, aber es ist mir doch wichtig, hier jetzt noch etwas zu sagen. Wir streiten uns hier um Begriffe. Ob jetzt «Klimanotstand» oder «Climate Emergency» oder «Klimanotlage» gilt - was auch immer wir für Begriffe wählen, ist nicht entscheidend, denn die Situation ist ernst. Und wir können noch lange um Begriffe stürmen, ändert dies doch nichts daran, dass die Unwetter nicht mehr in Amerika oder in Indien passieren, sondern bei uns vor unserer Haustüre. In Wolhusen hob es heute Dächer ab, es wurden Autos beschädigt und wenn dies keine Zeichen einer verändernden Klimalage sind, so muss man wirklich blind sein. Ich bin froh, dass der Gemeinderat diese Charta unterschrieb und ich hoffe, dass es sich dabei nicht um den letzten Schritt handelt, den der Gemeinderat in diese Richtung unternahm, sondern vielmehr der erste. Und ich hoffe, dass dieser Stadtrat hier auch weitere Schritte unternimmt, dass wir Gegensteuer geben können. Danke.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (gip): Merci vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein und somit ist die Beratung abgeschlossen. Bevor wir zur Abstimmung schreiten, möchte sich aber noch Gemeinderat Michael Schär kurz äussern.

Gemeinderat Michael Schär (FDP): Ich möchte einfach noch etwas zu einzelnen Punkten sagen, die ich mir während der Diskussion notierte. Es ist so, dass wir den Klimanotstand nicht ausrufen wollen. Aber das ist rein nur deshalb, weil dieser Begriff nicht greifbar ist. Damit wüsste man nämlich gar nicht, was zu tun ist und es auch nicht klar wäre, welche Richtung man gemeinsam einschlagen müsste. Das ist extrem wichtig, sowohl für mich als Ressortvorsteher, damit ich weiss, in welche Richtung ich zu arbeiten hätte, als auch für die Verwaltung. Und deshalb entschied sich der Gemeinderat auch dazu, diese Charta zu unterzeichnen. Darauf folgend wird nun die Klimastrategie erstellt, was Sie auch in den Richtlinien als eines unserer Ziele bis Ende 2022 ersehen können. Und dann zumal sollen dann noch griffigere Massnahmen vorliegen. Das könnte man dann eben auch als die zuvor erwähnte «Road Map» bezeichnen. Und bei all diesen Sachen müssen Sie keine Angst haben, dies vielleicht an die SVP gerichtet, dass der Gemeinderat seine Finanzkompetenzen überschreiten kann, wurde ja kein Notstand deklariert. Wir können nichts bestimmen, das nicht in unserer Kompetenz liegt. Und diese Charta liegt definitiv in unserer Kompetenz, da dies unserer Strategie entspricht, in welche Richtung wir gehen möchten. Und wir werden uns dann auch der Sensibilisierung annehmen, was Sie dann auch sehen werden, ohne dass ich hier genau sage, was wir alles vorhaben. Aber auch diesem Thema werden wir uns annehmen. Vielleicht noch eine Bemerkung zu diesem Punkt, dass man die Umsetzung lieber bis ins Jahr 2040 anstatt bis ins Jahr 2050 sehen würde. Langenthal steht ökologisch gerade bezüglich des Heizens nicht so gut da. Nur drei Prozent in Langenthal heizen mit erneuerbarer Energie. Alles andere ist fossil. Und wenn wir dies nur schon bis ins Jahr 2050 schaffen wollen, so müssen wir jetzt Vollgas geben. Und das Ziel 2040 ist in meinen Augen fast unmöglich. Das schaffen wir eigentlich nur mit der Hilfe von Kanton und Bund. Ansonsten es nämlich sehr teuer wird, gerade eben auch für die Privaten.

Ich erwähnte nun auch bereits, dass wir die politische Diskussion noch führen werden und ich glaube, dass wir diese zu jeder Massnahme führen müssen.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Wir werden diese Diskussion ausgiebig führen, worauf ich mich eigentlich auch freue. Dies entspricht nun unserer «Road Map», wie wir vorwärtsgehen wollen. Zum Schluss noch ein Wort zur Kommunikation: Wir gingen bewusst so vor, dass wir die Unterzeichnung der Charta nicht vorher kommunizierten, da wir uns vornahmen, die Kommunikation per heute, oder besser gesagt, per morgen Dienstag durchzuführen, das heisst nach der hier erfolgten Diskussion im Stadtrat. Wir wollten damit nicht dem Jugendpostulat und dessen Beantwortung vorgreifen. Das geschah alles mit Absicht. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Auch für dieses Votum besten Dank.

III Abstimmung

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): So kommen wir nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer 1 und 2 zustimmen kann und somit die Abschreibung des Postulats genehmigen möchte, soll dies nun mit der Stimmkarte belegen. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

- **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrats vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Prüfberichts vom 28. April 2021, beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 10 Enthaltungen:**

1. **Das Jugendpostulat vom 28. Oktober 2019 "Klimanotstand in Langenthal" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
2. **Das Sekretariat des Stadtrats wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Gemäss Art. 51, Art. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates wird die Behandlung sowie die Erledigung der erstunterzeichnenden Person des Jugendpostulats schriftlich mitgeteilt. Das wird sodann umgehend durch unser Sekretariat erledigt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Motion der SP/GL-Fraktion vom 29. März 2021: Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Es folgt Traktandum Nr. 10 mit der Motion der SP/GL-Fraktion vom 29. März 2021. Dabei geht es um die Stellungnahme zur Offenlegung der Finanzierung der Parteien und von Wahl- und Abstimmungskomitees. Es handelt sich dabei um ein zwingendes Geschäft und Nichteintreten ist ausgeschlossen.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir gehen somit direkt in die Beratung. Eine Berichterstattung durch den Gemeinderat liegt schriftlich vor und eine Berichterstattung seitens der GPK gibt es nicht. So hat nun eine Sprecherin oder ein Sprecher der Motion die Möglichkeit, zum Bericht des Gemeinderates Stellung zu nehmen.

Sprecherin der Motion, Saima Sägesser (SP): Sie haben heute die Möglichkeit, Geschichte zu schreiben. Wir können mitbestimmen, ob in Langenthal in Zukunft eine gestärkte Demokratie gelebt wird, ob mehr Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien und ihre Politikerinnen und Politiker gesteckt wird und ob wir endlich Klartext reden, wenn es um Geldflüsse geht, die die Meinungsbildung beeinflussen. Langenthal kann eine der ersten Städte schweizweit werden, in der eine Offenlegungspflicht für die Parteienfinanzierung gilt und dies wäre im Sinne der Förderung einer fairen Demokratie zu verstehen. Mit einer gelebten Transparenz in der Politfinanzierung kann sich auch Langenthal wieder neu positionieren, zeitgemäss handeln, an Attraktivität gewinnen und mit grösseren Städten mitziehen. Die SP/GL-Fraktion dankt dem Gemeinderat, dass er unsere Motion für erheblich erklären möchte. Nun hoffen wir auf Ihre Unterstützung aus dem Stadtrat.

Unsere Motion verlangt, dass Parteien und Komitees vor Wahlen und Abstimmungen ihre Finanzen transparent machen sollen. Die Parteien geben dabei der Bevölkerung gegenüber die Herkunft von Spenden an, wenn diese über dem festgelegten Schwellenwert liegen. Dieser Schwellenwert kann zwischen Fr. 1'000.00 und Fr. 3'000.00 liegen und würde dann im Reglement festgelegt werden. Uns geht es darum, für Transparenz zu sorgen, nicht aber Spenden zu verbieten, zu erschweren oder Kleinspenderinnen und -spender in die Öffentlichkeit zu zerren. Wir sind überzeugt davon, dass die Transparenz in einer gelebten Demokratie enorm wichtig ist. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht darauf zu wissen, wer von wem, welche Geldflüsse erhält, wenn sich diese im Umfang eines solch grossen Betrags bewegen, wie es der Schwellenwert vorgibt. Wer mit welchen Mitteln, welche Werte kauft und unterstützt, soll bekannt gemacht werden. Warum denn auch nicht? Wer Finanzstärke besitzt und diese zur Beeinflussung zur Meinungsbildung einsetzt, soll doch auch dazu stehen.

Wenn Geldflüsse nämlich keine Rolle spielen würden, warum tätigt man dann überhaupt Spenden oder unterstützt eine Partei in ihren Anliegen mit einem finanziellen Beitrag? Die Stimmbevölkerung hat ein Recht darauf zu wissen, was da dahintersteckt. Wir wollen keine Politik im Verborgenen, sondern auf Augenhöhe, transparent, nahbar und verständlich. Ein Anliegen, das auch die Stimmbevölkerung hat, müssen wir ernst nehmen. Wenn sich herausstellt, dass in Langenthal keine Beträge in die Parteien fliessen, die über dem Schwellenwert liegen, dann ist das auch okay. Aber das weiss man einfach erst mittels eines Reglements. Nicht umsonst fuhr die SP in den vergangenen Tagen eine aufwendige Social Media-Kampagne und rief dabei alle Parteien dazu auf, ihre Angaben zu teilen. Die Jusos und die Grünen reagierten, Ihr anderen habt geschwiegen. Auch dies ist ein Zeichen für sich und eröffnet natürlich Raum für Fragen wie «Was habt Ihr zu verbergen»? oder «Warum wollt Ihr nicht, dass man weiss, woher welche Beiträge in Euer Kässeli fliessen»? Eine Bilanz wird ja dann spätestens bei der Jahresrechnung gezogen, die ja jede Partei zu erstellen hat.

Der Wahlkampf 2020 der SP Langenthal kostete gesamthaft Fr. 29'000.00 und es kann uns niemand sagen, dass es nicht interessant und wichtig zu wissen ist, woher dieses Geld in unsere Kasse floss und wie wir dieses Geld einsetzten. Dank dem Reglement wären wir nicht mehr die Einzigen, die transparent sind. Glücklicherweise wissen wir, dass auch die glp Interesse daran hat, mit ihren Zahlen nicht mehr länger «Versteckis» zu spielen. Das Reglement soll ein handliches Tool sein, das einen unbürokratischen und effizienten Prozess für die Offenlegung der Finanzierungen ermöglicht.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Aufwand und Ertrag werden absolut im Verhältnis stehen, weil der Wert einer fairen Demokratie gar nicht am Preisschild gemessen werden kann. Und damit wir auch noch dies ansprechen; ja, auf nationaler Ebene müssen zukünftig höchstwahrscheinlich Spenden ab Fr. 15'000.00 offengelegt werden. Dies steht aber in keinem Verhältnis zu unserer politischen Tätigkeit hier bei uns in Langenthal und deshalb benötigt Langenthal ein eigenes Reglement, einen eigenen Schwellenwert und eine eigene Transparenz. Merci.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank auch dazu. Wir kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Wem darf ich das Wort übergeben?

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Die SVP-Fraktion sieht es eigentlich ähnlich wie der Gemeinderat, da es sich aus unserer Sicht nämlich eher um kleinere Spendenbeiträge handelt. Man kann sich natürlich auch der Argumentation nicht zwingend verschliessen, dass die Offenlegung dieser Finanzierung die Transparenz steigern könnte, was uns aufgrund der Grösse Langenthals ehrlich gesagt ein wenig fraglich erscheint. In diesem Zusammenhang möchte ich Dir, Saima, auch für das Zurverfügungstellen Eures Argumentariums danken. Gerade auch der Auffassung, uns mit der Stadt Bern oder sogar mit einem Kanton wie Freiburg zu vergleichen, können wir nicht folgen. Wir wollen aber transparent sein, liebe Saima, damit Du siehst, warum wir dies so begründen. Auf Basis unserer eigenen Wahlkampfspenden können wir mit gutem Gewissen sagen, dass es sich bei uns, bis auf eine einzige Spende, die sich über Fr. 1'000.00 belief, um wirklich eher kleine Spendenbeiträge handelte. Um die Beiträge zu erfassen oder dafür sogar ein Reglement zu erstellen, wird dann wieder einmal ein Tool benötigt und mindestens jemand, der die Daten erfasst. Auch wenn es sich laut Argumentarium um ein handliches Tool handeln sollte, stellt sich für uns doch wirklich die Frage nach dem Kosten- und Nutzenverhältnis. Ebenso wird aus unserer Sicht, auch für uns als Vorstand der Partei, ein erheblicher Mehraufwand entstehen, leisten wir doch bereits heute schon viele ehrenamtliche Stunden. Nicht zuletzt sollte man aber auch nicht ausser Acht lassen, dass der eine oder andere Spender nicht öffentlich auftreten möchte und dadurch gegebenenfalls die ohnehin schon kleineren Beiträge noch mehr gemindert werden würden. Deshalb wird die SVP-Fraktion die Motion zur Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees für nicht erheblich erklären. Danke.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Liebe Saima, man spürte, dass hier Feuer dahinter ist und dies ein echtes Anliegen zu sein scheint. Doch wenn man so engagiert ist, muss man auch die Sache zu Ende denken. Wenn Ihr sagt, dass Ihr nicht umsonst eine aufwendige Kampagne geführt habt, um auf Facebook offenbar, Eurer Meinung nach, die maximale Transparenz zu belegen, dann stelle ich fest, dass Euer Wahlkampf nicht Fr. 29'000.00, sondern Fr. 45'000.00 kostete. Wieso ist das so? Ihr hieltet ja fest, dass nicht nur Geldspenden, sondern auch geldwerte Leistungen in die Offenlegung einbezogen werden. Und Ihr schreibt, dass 200 Stunden an Freiwilligenarbeit für Eure Gadgets aufgewendet wurden. Wenn wir diese Stunden mit einem Stundenlohn von Fr.80.00 berechnen, kommen wir auf eine Summe von Fr. 16'000.00, was mit den Fr. 29'000.00 ein Total von Fr. 45'000.00 ergeben. Über solche Fragen werden wir uns dann unterhalten, wenn das Reglement eingeführt ist. Ich bin im Steuerrecht tätig und dort geht es jeden Tag um Bewertungsfragen und so etwas brauchen wir nicht.

Ihr sagt weiter, dass Euer Wahlkampf mit Spenden in der Höhe von Fr. 3'500.00 mitfinanziert wurde. Zieht man diese Summe von den Fr. 29'000.00 ab, so gibt es eine kleine Differenz und somit fehlt hier etwas. Das heisst, dass Ihr Eure Finanzierung nicht vollständig offenlegt. Also habt Ihr auch hier ein Problem mit Eurer Transparenz. Wir alle wissen, die hier irgendwie politisch tätig sind, dass Eure Partei durch Abgaben Eurer Mandatsträger in der Höhe von Zehntausenden von Franken finanziert wird, Ihr dies aber offenbar nicht bekannt machen wollt. Das sind alles auch Spenden, die man aber auf Eurer Homepage nicht findet. Wenn wir diese Form der Offenlegung jetzt einfach als Massstab nehmen, so stellen wir fest, dass Ihr mit Eurer, nach Eurer Aussage, aufwendigen Kampagne keine Transparenz schafft. Wenn wir den Benchmark nehmen, den der Bund nun mit dem am 18. Juni 2021 verabschiedeten Gesetz definierte - was dann ja noch nicht verabschiedet war, als Ihr Eure Motion eingereicht hattet, kostet Euch dies eine Busse von bis zu Fr. 40'000.00. Eine Busse ergeht dabei übrigens nicht an eine Partei, sondern an die Verantwortlichen.

Wenn die Offenlegung dieser geldwerten Leistungen verlangt wird, so müssen alle Leute, die irgendwo an einem Wahlkampf beteiligt sind, irgendwelche Formulare ausfüllen, worin sie sich bezüglich der geldwerten Leistungen zu erklären haben. Die Quintessenz dieser ganzen Übung liegt somit darin, dass



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

keine Transparenz geschaffen wurde, wir aber die Miliz mit Formularen belasten und diese damit ins Risiko versetzen. Das ist die Konsequenz, wenn wir dies zu Ende denken. Daraus ergibt sich das Ergebnis, dass am Schluss des Tages keine Geschichte geschrieben wurde, sondern unsere Demokratie im Ergebnis einfach wieder einmal geschwächt wurde, weil es den Leuten einfach zusehends auf die Nerven geht, sich freiwillig innerhalb eines Milizamtes für die Gemeinschaft einzusetzen und der einzige Dank dafür ist, Formulare ausfüllen zu müssen und man sich in ein Bussenrisiko begibt etc. Am Ende des Tages liegt nichts vor, nicht einmal die Transparenz, die Ihr ja offenlegen wolltet. Eure Rechnung geht nicht auf und Eure Rechnung ist nicht vollständig.

Aus diesem Grund, und weil wir eben die Miliztätigkeit sehr hochhalten und diese nicht gefährden wollen, werden wird dem Antrag des Gemeinderates nicht folgen.

glp/EVP-Fraktion, Fabian Fankhauser (glp): Wir stellten uns natürlich dieselben Fragen auch und führten an der Fraktionssitzung ebenso die Diskussion über Aufwand und Ertrag. Wir hingegen kamen zum Schluss, dass es sich lohnt, diesen Aufwand zugunsten der Transparenz zu betreiben. Wir sind der Überzeugung, dass eine Demokratie Transparenz benötigt und dass die Leute das Recht haben zu wissen, wer hinter den Parteien steht und wer den Wahlkampf finanziert. Wir können an dieser Stelle auch offenlegen, dass unserer Wahlkampf Fr. 11'000.00 kostete. Die Diskussion über die geldwerten Leistungen bereitete uns zu Beginn auch etwas Mühe, aber wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat dazu eine brauchbare Lösung finden wird. In diesem Sinn wird die glp/EVP-Fraktion die Motion annehmen.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank. Wünschen sonst noch Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher das Wort?

Dyami Häfliger (glp): Ich möchte noch nachtragen, dass es auch bei uns um die Interessensabwägung zwischen dem betriebenen Aufwand, so etwas zu erstellen, und dem Bedürfnis nach Transparenz ging, wie es Fabian Fankhauser richtig ausführte. Dabei stellen die geldwerten Leistungen effektiv ein Problem dar. Wir sind aber der Auffassung, dass man so etwas auf Stufe Reglement genauer anschauen und entsprechend deklarieren kann. Wenn da jemand beispielsweise während der Arbeitszeit etwas für seinen Wahlkampf machen kann, wäre dies auch ein weiterer Aspekt, der in dieses Reglement einfließen müsste. Bei Wahlen und Abstimmungen sind für mich nicht nur die Parteien und der Einzug ins Parlament das Wichtigste, sondern insbesondere der Weg, bis es überhaupt zu einer Volksabstimmung kommt. Daher ist es eben auch in Langenthal von Bedeutung, was für eine Beeinflussung bis zu diesem Zeitpunkt passiert.

Wir müssen uns bewusstwerden, dass wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten als Bürgerinnen und Bürger von Langenthal immer wieder über sehr wichtige Vorlagen abzustimmen haben. Dabei stellt sich die Frage, wie es zu solchen Abstimmungsergebnissen kommt. Wir sahen es am Beispiel der Abstimmung über das CO₂-Gesetz, was ich selber befürwortete, wie eine Kampagne mit sehr viel Geld Einfluss nahm und die befürwortende Seite sich wenig beherzt für das Gesetz einsetzte, da man davon ausging, dass es aus rationalen Gründen sowieso angenommen wird. So etwas kann sehr entscheidend sein und eine Bruttosteuern für Langenthal zu finanzieren, kostet nicht so viel, sodass es relativ einfach ist, dadurch Einfluss zu nehmen. Und deshalb ist es gerade für das Bedürfnis der Demokratie sehr entscheidend zu wissen, woher die Finanzen kommen und wer hier die Beeinflussung steuert. Ich bin bei Vorliegen eines Reglements sehr offen, genauer über die einzelnen Bestimmungen zu diskutieren, eventuell auch Zugeständnisse zu machen, aber ich finde es eine gute Sache, wenn ein solches Reglement vorliegt und wir über dessen Bestimmungen befinden können. Danke.

Carol Howald (jll): Ich rede hier sogleich auch im Namen der jll und teile hier vollumfänglich die Meinung der FDP/jll-Fraktion. Jedes Jahr präsentieren wir an der Hauptversammlung unter anderem auch das Budget. Dort werden auch alle Zahlen transparent offengelegt. Aus diesem Grund lade ich jede und jeden gerne dazu ein, sich bei mir zu melden, um sich für die nächste Jahresversammlung am 16. Juli 2021 in der Braui anzumelden. Dort kann man uns zuhören, was übrigens auch schon Leute von anderen Parteien so machten, sodass Sie nicht die Einzigen wären, die bei uns dabei sind. Wenn wir dies so annehmen, ist dies kein guter Weg. Bitte, bitte nehmen Sie diese Motion nicht an.

Roland Loser (SP): Diego Clavadetscher griff uns hier doch etwas frontal an, weil unsere Zahlen nicht stimmen sollen. Bezüglich der geldwerten Leistungen muss ich ihm vielleicht ansatzweise recht geben, aber ich glaube, dass dies bei allen der Fall ist. Wir investieren alle viel Arbeit in die politische Tätigkeit



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

und dies ist wohl effektiv etwas, das man nicht aufwägen kann, aber sicherlich auch nicht in eine Marge fällt, die danach problematisch ist. Du hast uns auch darauf hingewiesen, dass es da zwischen den Spenden und den von uns deklarierten Fr. 29'000.00 einen riesigen Unterschied gibt. Bei dem dabei eingesetzten Mechanismus handelt es sich um sogenannte Rückstellungen, die man für die bevorstehenden Wahlkämpfe jedes Jahr vornimmt. Und es ist tatsächlich so, dass dieses Geld zu 100 Prozent aus den Mitgliederbeiträgen und den Mandatsabgaben finanziert wird. Dies möchte ich einfach als Klärung anfügen. Aus juristischer Sicht ist es natürlich so, dass Sie immer mit dem schlimmstmöglichen Ausgang rechnen. Das ist aber eine Vorgehensweise, mit der wir im Leben einfach nicht weiterkommen, insbesondere, wenn man immer nur das Schlechte sieht und sich auf all das fokussiert, was passieren könnte. Ich glaube, da ist die Transparenz in diesem Kontext doch viel mehr wert.

Michael Schenk (SVP): Ich muss doch auch noch etwas zu diesem ganzen Thema sagen. Mich dünkt es einfach wieder "verrückt", dass wir hier nun wieder ein Reglement erlassen müssen, was mit einem grossen bürokratischen Aufwand verbunden ist. Das bindet Ressourcen auf der Gemeinde und kostet erneut Geld. Und was dann schlussendlich herauskommt, ist gleich null. Und wir haben jetzt schon Probleme Freiwillige zu finden, die Fronarbeit leisten. Und wenn wir dann noch mit solchen Dingen kommen, so finden wir niemanden mehr und müssen den Job selber machen. Und im Stadtrat können wir am Ende nicht einmal mehr den Stadtrat besetzen, wenn wir andauernd mit Reglementen und solchen Geschichten aufwarten. Zudem kann man auf Papier schnell einmal etwas aufschreiben. Aber wenn ich eine Spende mache, kann ich es auch nicht aufschreiben. Solche Löcher gibt es immer und mit Transparenz hat das nichts zu tun. Da schaffen wir gar keine Transparenz, sondern nur einen Haufen Bürokratie. Merci.

Pascal Dietrich (FDP): Ich finde das wirklich gut, dass wir das heute Abend hier diskutieren, weil es ein wichtiges Thema ist und es mich auch freut, dass man bei der SP wieder ein wenig ein Interesse an einer Debatte spürt, ansonsten man häufig das Gefühl hat, dass es einfach um das Durchwinken geht und man gar nicht darüber reden will, da man schnell wieder nach Hause möchte. Trotz dem Fussballspiel ist das heute Abend anders und das möchte ich auch als positive Feststellung würdigen. Es ist ein wichtiges Thema und ich habe durchaus auch Verständnis dafür, dass man auf nationaler Ebene versucht, dies in irgendeiner Form in den Griff zu bekommen. Ob das dann auch gut rauskommt, ist dann jeweils wieder eine andere Frage. Dabei habe ich effektiv den Verdacht, dass es manchmal tatsächlich einen Einfluss haben kann und es deshalb wirklich interessant ist zu erfahren, woher die Geldströme stammen. Aber dies betrifft die nationale Ebene und nun sind wir hier in Langenthal und es scheint mir, dass wir uns doch etwas gar wichtig nehmen, wenn wir das Gefühl haben, was hier alles passieren könnte. Aus meiner Sicht ist das, was hier nun angestrebt wird, für Langenthal schlicht übertrieben und unverhältnismässig. Wir kennen schlicht keine solchen Abstimmungs- und Wahlkämpfe, bei denen grosse Finanzströme von irgendwoher fliessen sollen, die eine solche Massnahme nötig machen und als Konsequenz einen solchen Aufwand zur Folge hätten. Deshalb ziehe ich das Fazit, dass ich für ein solches Begehren auf nationaler Ebene grosses Verständnis habe, aber für Langenthal ist es übertrieben. Ich bitte ich Sie, diese Motion abzulehnen. Danke.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen von Einzelsprechenden? Das scheint nicht der Fall zu sein. Nun möchte sich nochmals die Sprecherin der Motion zu Wort melden.

Sprecherin der Motion Saima Sägesser (SP): Merci vielmals für Ihre Wortmeldungen und Ihre Gedanken zu dieser Motion. Es zeigt einfach, dass es ein Thema ist, womit Sie sich befassten, was schön ist. Es zeigt aber auch, dass unsere Social-Media-Kampagne ankam. Es wäre aber auch schön, dass Sie vielleicht auch öffentlich reagieren würden, wenn Sie in Zukunft markiert werden, und nicht erst hier im Rat, wenn Sie um eine Stellungnahme gebeten werden. Also ein «Hey nein, wir wollen dazu jetzt nichts sagen», hätte ja bereits ausgereicht. An die SVP gerichtet, stelle ich die Frage, wer denn diese Fr. 1'000.00 für Euren Wahlkampf spendete? Das ist es ja, was interessiert. Wenn man davon ausgeht, dass diese Schwelle bei Fr. 1'000.00 liegt, müsste diese Spende entsprechend offengelegt und diese Person genannt werden. Anonym ginge dann eben nicht mehr und das ist das, was die Bevölkerung verdient zu erfahren, wer solche Beiträge spricht.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Ein Reglement schreibt man nicht einfach nur für jetzt, für heute oder für unser aktuelles Wohlbefinden, sondern für die Zukunft. Die Stadt entwickelt sich, es wird mehr Einwohnerinnen und Einwohner und dadurch auch mehr Liquidität in dieser Stadt geben, was vielleicht auch zu höheren Beträgen in den Parteien führen kann. Und in Zukunft werden garantiert grössere Beträge gesprochen werden. Was unsere Partei betrifft, können Sie es in einem Protokoll der Stadtratssitzung nachlesen, was Reto Müller der SP abgibt, teilte er dies doch bereits schon einmal mit. In Ergänzung zu dem, was Roland bezüglich der von uns erwähnten Fronarbeit sagte, scheint dies offensichtlich gelesen und zur Kenntnis genommen worden zu sein. Dabei geht es um 200 Stunden, die für Give-aways geleistet wurden. Das wurde so auch klar deklariert, was dann natürlich aber noch viel mehr geleistete Arbeitszeit beinhaltet. Dass wir dies kostenmässig noch nicht genau ausführten, was denn diese 200 Stunden finanziell bedeuten würden, hängt eben damit zusammen, dass wir ja noch kein Reglement haben und damit auch noch keine gemeinsame Handhabung. Ein solches Reglement muss durch uns alle erarbeitet werden. Und es ist absolut klar, dass wir uns da auch einbringen würden und ich nehme an, dass dies auch für die glp zutrifft. Dies gilt gerade auch für eine Arbeitsgruppe, wodurch man gemeinsam festlegen könnte, was für Langenthal Sinn macht und was eben weniger. Das ist ja nicht einfach irgendein Papiertiger, der uns belasten soll, sondern uns ermöglichen soll, der Bevölkerung etwas bezüglich unserer Arbeit und dem in uns investierten Vertrauen zurückzugeben.

Ich wiederhole es deshalb gerne noch einmal, dass es absolut notwendig ist, dass wir hier eine Handhabung für mehr Transparenz in der Politfinanzierung in Langenthal bekommen. Bitte überdenken Sie nochmals Ihre Meinung und Ihre Stimme für eine mögliche Massnahme, die für Langenthal gut ist. Danke.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank.

III Abstimmung

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Somit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Ziffer I zustimmen kann und die Motion als Motion mit Weisungscharakter qualifizieren will, soll nun bitte die Stimmkarte in die Höhe halten. Gegenmehr? Enthaltungen?

So folgt nun die Abstimmung zu Ziffer II. Wer wie der Gemeinderat die Motion für erheblich erklären möchte, soll dies mit der Stimmkarte bezeugen. Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen?

Der Stadtrat, gestützt Art. 46 Abs. 3 und Art. 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 28. April 2021, beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:

I. Die Motion der SP/GL-Fraktion vom 29. März 2021 "Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees" wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.

■ **Der Stadtrat, gestützt Art. 46 Abs. 3 und Art. 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 28. April 2021, beschliesst mit 18 Stimmen Ja gegen 19 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen:**

II. 1. Die Motion der SP/GL-Fraktion vom 29. März 2021 "Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees" wird für nicht erheblich erklärt.

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Im Fall der Nicht-Erheblicherklärung der Motion wird das Sekretariat des Stadtrates mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11. Postulat Howald Carole (jll) vom 29. März 2021: Generationsübergreifende Spiel- und Bewegungsanlagen: Stellungnahme und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir gehen nun weiter zu Traktandum Nr. 11. Da geht es um das Postulat von Carole Howald in Sachen generationenübergreifender Bewegungsanlagen. Es handelt sich auch dabei erneut um ein zwingendes Geschäft, das Nichteintreten ist ausgeschlossen und deshalb gehen wir direkt zur Beratung über.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Der Gemeinderat legte seine schriftliche Stellungnahme bereits vor und die GPK verzichtet auf eine Berichterstattung. Nun möchte ich das Wort an Carole Howald übergeben.

Postulantin Carole Howald (jll): Ich finde es sehr schön, dass der Gemeinderat dies gut findet und vor allem auch sieht, dass bei der älteren Generation auch Bewegungsbedarf besteht. Man weiss ja auch, dass die Bewegungsaktivität im Alter zunimmt, wenn man mit Kindern zusammen ist. Ich möchte gleichwohl noch ein paar Ergänzungen anbringen. Ich finde es schade, dass das Postulat sogleich wieder abgeschrieben werden soll. Soviel ich weiss, werden Vorstösse eigentlich auch erst dann abgeschrieben, wenn sie auch erfüllt sind. Ich halte somit meine Augen weit geöffnet und erwarte also auch, dass dies, wie hier vorprojektiert, auch entsprechend eintrifft. Bei einer weiteren Anpassung des Spielplatzkonzepts, oder eigentlich besser gesagt eines Bewegungsplatzkonzepts, wird hoffentlich auch daran gedacht, dies zu integrieren. Nicht zu vergessen ist natürlich auch die Stiftung «Hopp-La», die so etwas bereits schon mit namhaften Beträgen unterstützte. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank für die Ausführungen. Nun erteile ich das Wort den Fraktionen.

SP/GL-Fraktion, Cornelia Gerber (SP): Ich finde dies ein sehr erfreuliches Postulat, danke vielmals Carole. Ich sehe darin einen wichtigen Fokus und einen guten Anfang. Es gibt keine Gesellschaft, die ohne grenzübergreifende Interventionen funktioniert. Man darf die Augen nicht verschliessen, hatten wir doch gerade wieder die Gelegenheit, sensibilisierter zu werden. Es ist für mich als Fachdozentin von Curaviva bei gerontopsychiatrischen Situationen enorm wichtig, dass wir generationsübergreifend denken und uns dabei auch dementsprechend verhalten und planen. Die Fraktion SP/GL stimmt der Abschreibung zu. Wir werden aber auch sehr sensibilisiert beim laufenden Projekt im Hirschkamp darauf schauen, wie es konkret umgesetzt wird. Ich möchte gerne wissen, was dort eingesetzt wird und wie dies konkret aussieht. Die weitere Zusammenarbeit mit dem Verein «Hopp-La» ist sehr wichtig, aber nicht nur, um die finanziellen Ressourcen zu nutzen, sondern weil dort doch auch ein grosses Wissen vorhanden ist, das wir brauchen. Danke vielmals.

FDP/jll-Fraktion, Irene Ruckstuhl (FDP): Wir von der FDP/jll-Fraktion befürworten das Postulat einstimmig. Deshalb möchte ich mich auch kurzhalten. Auch wir gehen davon aus, dass es umgesetzt wird, auch wenn das Postulat abgeschrieben wird. Das ist uns sehr wichtig. Ebenso befürworten wir eine weitere Anpassung des Konzepts, da dies unbedingt so ergänzt werden muss. Merci vielmals.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Danke. Gibt es weitere Fraktionssprechende? Das trifft nicht zu. Gibt es Wortmeldungen von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Nein. Gibt es noch sonstige Wortmeldungen oder möchte sich der Gemeinderat noch äussern? Möchte die Postulantin nochmals etwas sagen? Da auch dies alles nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.



III Abstimmung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmen kann und das Postulat gemäss Ziffer I für erheblich erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, erhebt dazu nun seine Stimmkarte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Nun folgt noch die Abstimmung bezüglich Abschreibung. Wer dem Antrag des Gemeinderates folgen möchte und das Postulat gemäss Ziffer II abschreiben und das Sekretariat des Stadtrates mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies nun mit der Karte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

■ **Der Stadtrat, gestützt Art. 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 19. Mai 2021, beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:**

I. 1. **Das Postulat Howald Carole (jl) vom 29. März 2021: "Generationsübergreifende Spiel- und Bewegungsanlagen" wird erheblich erklärt.**

2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Im Fall der Nicht-Erheblicherklärung des Postulats wird das Sekretariat des Stadtrates mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

■ **Der Stadtrat, gestützt Art. 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 sowie nach Kenntnisnahme der schriftlichen Stellungnahme des Gemeinderates vom 19. Mai 2021, beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 1 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen:**

II. 1. **Das Postulat Howald Carole (jl) vom 29. März 2021: "Generationsübergreifende Spiel- und Bewegungsanlagen" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**

2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12. Interpellation der FDP/jll-Fraktion vom 29. März 2021: Liste der politischen Geschäfte: Beantwortung und Antrag auf Abschreibung

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Nun kommen wir im Rahmen von Traktandum Nr. 12 zur Interpellation der FDP/jll-Fraktion vom 29. März 2021. Dabei geht es um die Beantwortung und den Antrag auf Abschreibung bezüglich der Liste politischer Geschäfte. Auch hier handelt es sich um ein zwingendes Geschäft und ein Nichteintreten ist nicht möglich.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Vom Gemeinderat liegt eine schriftliche Beantwortung vor und eine Berichterstattung der GPK gib es keine. Wer möchte in Vertretung der Interpellantinnen und Interpellanten eine kurze Stellungnahme abgeben?

Sprecher der Interpellation Diego Clavadetscher (FDP): Auch bei diesem Geschäft geht es um Transparenz. Es ist ein Kernanliegen in einer Demokratie, dass mehrere Gremien, vor allem auch wieder Milizgremien, am Entscheidungsprozess beteiligt sein und sich mit einer Vorlaufzeit auch entsprechend vorbereiten können. Das war das Ziel und der Zweck dieser Interpellation. Der Gemeinderat gab dazu, wie es sich gehört, einen Bericht ab. Dabei hält er fest, dass er diesbezüglich grundsätzlich nichts ändern und keine neuen Instrumentarien schaffen möchte. Wir sind aber schwer der Hoffnung, dass mindestens in der Haltung und innerhalb des Austausches zwischen den verschiedenen Gremien etwas passiert. Und zwar nicht nur zwischen dem Sekretariat, sondern miteingeschlossen die einzelnen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger; das heisst, mit uns, die wir hier im Saal sitzen. Wenn ein solcher Spirit aufgrund einer solchen Reglementsänderung entwickelt wird, die wir im Behördenreglement entsprechend vornahmen, so kann man damit leben und dann entwickeln wir eine informelle, aber nicht formalisierte, sondern gelebte Transparenz. Wenn das nicht eintrifft, so freue ich mich darauf, wenn nicht nur wir, sondern auch die anderen Parteien, die sich heute vehement für die Transparenz einsetzen, einen Beitrag mit eigenen Vorstössen leisten, damit dort Transparenz in der Politik geschaffen wird, wo sie auch tatsächlich etwas bewirkt. Wir sind damit einverstanden, das Geschäft als erledigt zu betrachten. Danke.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Merci vielmals.

III Abstimmung:

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): So kommen wir zur Abstimmung. Wer nun der Abschreibung dieser Interpellation zustimmen und das Stadtratssekretariat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies bitte mit der Stimmkarte an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

■ **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 54 und Art. 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 24. Juni 2019 und der schriftlichen Beantwortung des Gemeinderates vom 26. Mai 2021, beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen einstimmig:**

- 1. Die Interpellation der FDP/jll-Fraktion vom 29. März 2021: "Liste der politischen Geschäfte" wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



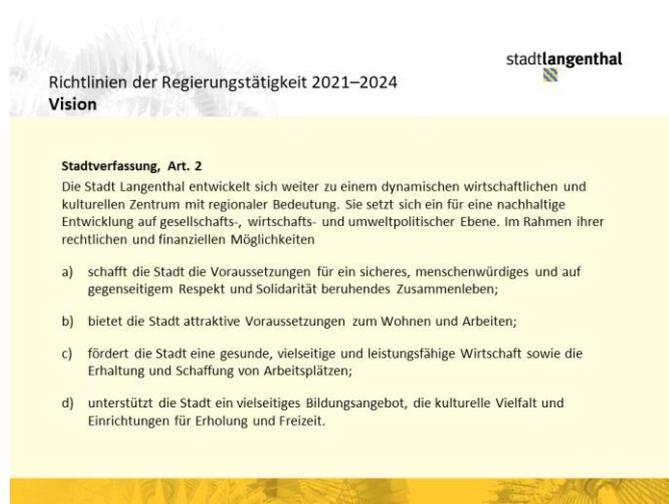
13. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Wir kommen nun zum vorletzten Traktandum Nr. 13. Zu den Mitteilungen des Gemeinderates möchte ich den Stadtpräsidenten Reto Müller zu den Richtlinien der Regierungstätigkeit ans Mikrofon bitten.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich muss der Transparenz halber sagen, dass ich Frau Fussball auch gerne schaue. Wir verteilten Ihnen heute die Richtlinien der Regierungstätigkeit 2021 bis 2024, was ja auch bereits bemerkt wurde. Der Gemeinderat beschloss dabei nach einer neuen Methode vorzugehen. Er führte dies auch entsprechend durch und es handelt sich dabei nicht nur um ein neues Kleid, sondern auch um eine neue Erarbeitungsweise, die sich dahinter verbirgt.

Wir definierten zuerst eine Vision und wichen dabei nicht von unserer Stadtverfassung gemäss Art. 2 ab. Aus unserer Sicht trifft sie immer noch diese Vision sehr deutlich, was dem entspricht, was auf Seite 1 mit der Frage dargestellt wird, in welche Richtung wir uns eigentlich entwickeln wollen und was die Grundlage unseres Zusammenlebens und unserer Zusammenarbeit ist.

Wir definierten dazu strategische Leitsätze, sodass 36 Leitsätze entstanden., die nun hier auf den Folgeseiten auch abgebildet sind. Und daraus ergaben sich Massnahmen, was nun zu unternehmen ist. Daraus entstanden 38 konkrete Massnahmen, die danach auch messbare Ziele beinhalten. Es mag nicht erstaunen, dass das Ganze immer noch unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Entwicklung steht, die bei uns in den Dimensionen Gesellschaft – Wirtschaft – Umwelt eben immer auch entsprechende Auswirkungen haben soll. Von dem her wird es auch künftig mit dem Jahresbericht ein Reporting geben, das als Controlling dient und man dabei auch die Wirkung dieser Richtlinien der Regierungstätigkeit messen können soll. Wie erwähnt ist die Vision immer noch dieselbe und Ihnen hoffentlich auch bestens bekannt, was wir hier in der Stadt Langenthal miteinander anstreben, leben und kundtun wollen.





Wir führen hier in der Präsentation nur Beispiele auf, damit wir dies hier nicht verlängern und deshalb nicht alles aufzeigen, zumal Sie in der Broschüre alles selber nachlesen können. Es gibt dazu aber beispielsweise den Leitsatz: «Die Stadt nutzt die Möglichkeiten der Digitalisierung zur optimalen Erbringung ihrer Dienstleistungen und zur Steigerung der Ressourceneffizienz. Sie berücksichtigt dabei die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen», wonach Sie dann sehen, dass dazu verschiedene Massnahmen aus den verschiedenen Ressorts oder Ämtern genannt werden, die zur Umsetzung des Leitsatzes beitragen sollen. Hier im Beispiel ersichtlich anhand der elektronischen Verwaltung von Geschäftsunterlagen, anhand einer Neugestaltung der Online-Präsenz, die der Gemeinderat letzte Woche beschloss und wir uns dazu zügig an die Arbeit machen werden. Wir planen zudem ein digitales Bürgerkonto oder sogar eine elektronische Parkkarte.

Dazu zeige ich Ihnen ein weiteres Beispiel: «Die Stadt entwickelt die räumlichen Diversitäten entsprechend den vielfältig gesellschaftlichen Interessen weiter». Das ist hier sicherlich ein bisschen kompliziert formuliert, aber dennoch zutreffend. Wir wollen uns natürlich auch laufend weiterentwickeln. Wir anerkennen dabei aber auch, dass es verschiedenste Interessen gibt und dass Langenthal auch nicht mehr so homogen ist wie auch schon, indem wir beispielsweise auch Untersteckholz und Obersteckholz bei uns in unseren Stadtraum integrierten. Dazu nennen wir hier fünf Massnahmen wie die Ortsplanungsrevision, die Entwicklung der Begegnungsorte im Stadtzentrum, die Realisation des Entwicklungsschwerpunkts Bahnhof. Dies wurde heute ja auch bereits angesprochen, dass dies auch effektiv realisiert werden muss, was uns auch wichtig ist. Wir fassen ins Auge, ein Inventar der Naturobjekte zu entwickeln und wir sind daran, eine Mobilitätsstrategie für das Stadtzentrum zu erstellen.

Hier sehen Sie noch ein weiteres Beispiel zum Thema Bildung. Dieser Leitsatz hier ist nicht neu, befand er sich doch in den letzten 20 Jahre immer in diesen Richtlinien. Dazu sind vielleicht die Massnahmen interessanter, die daraus abgeleitet werden, von den neuen Kindergärten, die sich im Bau befinden, hin zu Hausbesuchsprogrammen oder der Frühförderung, die aus dem sozialen Bereich stammen. Weiter wird hier die Weiterentwicklung der Schule Steckholz, die Tageschulen Langenthal oder die Organisationsform Zyklus 1 der Volksschule

Richtlinien der Regierungstätigkeit 2021–2024
Strategische Leitsätze & Massnahmen (Beispiel)

Strategischer Leitsatz
Die Stadt nutzt die Möglichkeiten der Digitalisierung zur optimalen Erbringung ihrer Dienstleistungen und zur Steigerung der Ressourceneffizienz. Sie berücksichtigt dabei die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Massnahmen

- 01 Elektronische Verwaltung der Geschäftsunterlagen
- 02 Onlinepräsenz
- 18 Digitales Bürgerkonto
- 19 Elektronische Parkkarten

Richtlinien der Regierungstätigkeit 2021–2024
Strategische Leitsätze & Massnahmen (Beispiel)

Strategischer Leitsatz
Die Stadt entwickelt die räumlichen Diversitäten entsprechend den vielfältigen gesellschaftlichen Interessen weiter.

Massnahmen

- 05 Vorbereitung der Ortsplanungsrevision
- 06 Begegnungsorte im Stadtzentrum
- 08 Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Bahnhof
- 23 Inventar der Naturobjekte
- 24 Mobilitätsstrategie für das Stadtzentrum

Richtlinien der Regierungstätigkeit 2021–2024
Strategische Leitsätze & Massnahmen (Beispiel)

Strategischer Leitsatz
Die Stadt schafft die Voraussetzungen für ein umfassendes und zukunftsgerichtetes Bildungsangebot für alle Bevölkerungsgruppen.

Massnahmen

- 07 Neue Kindergärten
- 33 Hausbesuchsprogramm
- 34 Schule Steckholz
- 35 Frühe Förderung
- 36 Tagesschule Langenthal
- 38 Organisationsform Zyklus 1 der Volksschule



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

genannt, was Themen sind, um welche sich das ABiKuS¹ kümmert.

Sie sehen, dass wir vom Gemeinderat auch ein neues Foto erstellen liessen, was aber nicht das ist, was hier ausschlaggebend sein soll.



Wenn Sie Fragen haben, dürfen Sie gerne auf uns zukommen. Bezüglich des Controllings sind wir immer bereit, Ihnen auch offenzulegen, wie wir aktuell unterwegs sind; sei es per einfache Anfrage, Interpellation oder mittels Telefon an das zuständige Mitglied innerhalb des Gemeinderates. Merci vielmals für Ihre Aufmerksamkeit. Wir zählen darauf, dass wir weiterhin erfolgreich sind, auf dem Fussballplatz, aber auch hier im Saal. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): Besten Dank für die Präsentation und die hier aufgezeigten Leitsätze.

Protokollauszug an
■ Gemeinderat

¹ ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport.



14. A Eingereichte Motion Häfliger Dyami (glp), Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2021: Information und Kommunikation der Stadt Langenthal

Motionstext:

"Information und Kommunikation der Stadt Langenthal

Der Gemeinderat wird beauftragt, aufzuzeigen, wie die Stadt Langenthal die Information der Öffentlichkeit in der analogen und digitalen Kommunikation planen, umsetzen und realisieren will. Dazu gehört eine umfassende Kommunikationskonzeption, die Festschreibung einer Kommunikationsstrategie und die Auflistung und Darstellung der Konzepte und Massnahmen für deren Umsetzung. Der Gemeinderat wird eingeladen diese Kommunikationsstrategie über seine Institutionen und in Zusammenarbeit mit Dritten (auch Privaten) zu realisieren. Die auf diese Art und Weise entwickelte Strategie soll im Rahmen der kantonalen und bundesrechtlichen Vorgaben und Massnahmen erfolgen (Informationsgesetz, amtliche Publikation und weitere). Speziell soll die Umsetzung im Zusammenwirken mit Dritten soweit erfolgen, dass eine Optimierung der Informations- und Kommunikationsleistungen zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger von Langenthal erfolgen kann, um ein Maximum an Effektivität im Interesse der Information der Öffentlichkeit zu realisieren. Der Präsenz der Stadt Langenthal in den sozialen Medien ist dabei eine besondere Beachtung zu schenken. Der Gemeinderat wird eingeladen die jährlich anfallenden Kosten im ordentlichen Budget auszuweisen. Begründung: Es ist unerlässlich für eine zeit-, sach- und formgerechte Kommunikation und Information der Bürgerinnen und Bürger von einem umfassenden Ansatz auszugehen und die einzelnen Umsetzungsschritte etappenweise und pragmatisch vorzusehen. Entscheidend ist hier eine zukunftsgerichtete und langfristige Strategie für die Stadt Langenthal. Der Motionstext ist bewusst offen formuliert, sodass der Gemeinderat und die zuständigen Ämter eine möglichst umfassende Strategie und eine Konzeption für die Stadt Langenthal erarbeiten können."

Häfliger Dyami
(Erstunterzeichnender)

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an
■ Gemeinderat

¹ **Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

a. die Stellungnahme zur Qualifikation von Motionen und zur Erheblicherklärung von Motionen und Postulaten: bis zur übernächsten Ratssitzung

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



14. B Eingereichte Motion der SP/GL-Fraktion vom 28. Juni 2021: Umbenennung Bahnhof "Langenthal Süd" in "Langenthal Porzi"

Motionstext:

"Umbenennung Bahnhof "Langenthal Süd" in "Langenthal Porzi"

Der Gemeinderat wird beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten, damit der Bahnhof "Langenthal Süd" in "Langenthal Porzi" umbenannt wird. Begründung: Die Porzellanfabrik Langenthal gehört zur Identität Langenthals. Trotz ihrer immensen Bedeutung für Langenthal findet ihre Geschichte kaum Niederschlag in der Namensgebung für Strassen, Plätze oder eben Haltestellen in Langenthal. Einzige Ausnahme bildet die kleine kaum 100m lange "Porzellanstrasse" zwischen der Lotzwil- und Bleienbachstrasse. Wir finden die Umbenennung des Bahnhofs "Langenthal Süd" in "Langenthal Porzi" wäre ein erster Schritt, die Geschichte der "Porzi" in Langenthal sichtbarer zu machen. Schlussendlich scheint uns die Bezeichnung "Porzi" auch besser verständlich als das eher allgemein gehaltene "Süd".

SP/GL-Fraktion

(Erstunterzeichnender: Loser Roland)

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

a. die Stellungnahme zur Qualifikation von Motionen und zur Erheblicherklärung von Motionen und Postulaten: bis zur nächsten Ratssitzung

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



14. C **Eingereichte Motion Freudiger Patrick (SVP), Dietrich Pascal (FDP), Clavadetscher Diego (FDP), Häfliger Dyami (glp), Grossenbacher Corinna (SVP) und ein Mitunterzeichnender: Mitwirkung des Parlaments bei Beitritten der Stadt Langenthal zu Organisationen optimieren**

Motionstext:

"Mitwirkung des Parlaments bei Beitritten der Stadt Langenthal zu Organisationen optimieren

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Vorlage mit folgendem Inhalt vorzulegen: Für Beitritte zu Organisationen und Abkommen jedweder Art (inkl. Gemeinsame Erklärungen, Chartas und dgl.), aus deren Mitgliedschaft bzw. Ratifikation sich rechtlich oder politisch verbindliche Vorgaben ergeben können, welche die Kompetenz des Stadtrates oder der Stimmberechtigten berühren, bedarf es der vorgängigen Zustimmung des Stadtrates und unter zu definierenden Bedingungen der Stimmberechtigten. Begründung: Politische Entwicklungen machen oftmals nicht Halt vor Gemeindegrenzen. Gemeinden und andere Körperschaften arbeiten deshalb immer häufiger zusammen und schliessen sich zu diesem Zweck auch zu Organisationen verschiedenster Art zusammen. Die Mitwirkung des Parlaments ist jedoch nach wie vor auf das Modell einer eigenständigen kommunalen Aufgabenerfüllung fixiert und berücksichtigt die sich aus einer Mitgliedschaft in einer Organisation ergebenden Verpflichtungen nur teilweise (z.B. im Zusammenhang mit Gemeindeverbänden). Insbesondere beim Beitritt zu Organisationen oder Chartas, welche politisch verbindliche Standards definieren wollen (soft law), hat das Parlament kein Mitgestaltungsrecht, da keine förmliche Aufgabenübertragung an Dritte stattfindet. Nichtsdestoweniger präjudizieren die politischen Zielsetzungen, die sich für die Stadt durch den Beitritt in eine Organisation oder die Unterschrift unter eine Charta ergeben, den politischen Alltag auch im Parlament. Der vorliegende Vorstoss schafft die Grundlage für eine Diskussion, wie eine parlamentarische Mitwirkung für den Beitritt in Organisationen und damit die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden oder Dritten optimiert werden kann. Der Stadtrat soll demnach immer dann förmlich und vorgängig um Zustimmung zu einem Beitritt ersucht werden, wenn die sich die aus der Mitgliedschaft in der Organisation bzw. Unterzeichnung einer Charta und dgl. ergebenden rechtlich oder politisch verbindlichen Vorgaben die Kompetenzen von Parlament oder Volk berühren. Unter Voraussetzungen, die im Rahmen der Umsetzung der Motion noch zu definieren wären, ist auch eine vorgängige Befragung der Stimmbürger vorzusehen."

*Freudiger Patrick
(Erstunterzeichnender)*

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an
■ Gemeinderat

¹ **Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

a. die Stellungnahme zur Qualifikation von Motionen und zur Erheblicherklärung von Motionen und Postulaten: bis zur übernächsten Ratssitzung

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



14.D Eingereichte Interpellation der glp/EVP-Fraktion vom 28. Juni 2021: Erweiterung des ÖV durch Taxiunternehmen

Interpellationstext:

"Erweiterung des ÖV durch Taxiunternehmen

Kann sich die Stadt vorstellen, zusammen mit einem Taxiunternehmen den ÖV zu erweitern, attraktiver zu machen, so dass auch Quartiere und Ortsteile erschlossen werden, die bisher keine gute ÖV Anbindung haben, besonders zu Randzeiten und an Wochenenden? Begründung: Zu Randzeiten und an den Wochenenden ist der ÖV in Langenthal nicht attraktiv. Es gibt auch Quartiere, die nicht oder zu wenig erschlossen sind, insbesondere die Ortsteile Ober- und Untersteckholz. Bürgerinnen und Bürger, vor allem Betagte und Personen mit körperlichen Einschränkungen sollen unabhängig von Tageszeiten und Wochentagen eine kostengünstige Möglichkeit haben sich fortzubewegen. Mobil und ohne auf Mitmenschen angewiesen zu sein oder auf teure Fahrdienste auszuweichen, soll allen Langenthalerinnen und Langenthaler möglich gemacht werden. Auch aus Gründen der Umweltverträglichkeit ist ein flächendeckender ÖV wichtig und hilft den Individualverkehr zu mässigen."

glp/EVP-Fraktion

(Erstunterzeichnende: Renate Niklaus-Lanz)

Die Behandlung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. b., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates ¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ **Art. 52 Abs. 1 lit. b., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

b. die Beantwortung von Interpellationen: bis zur übernächsten Ratssitzung

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



Stadtrat

Protokoll der 4. Sitzung vom Montag, 28. Juni 2021

15. In eigener Sache

Stadtratspräsidentin Renate Niklaus-Lanz (glp): So kommen wir zum Schluss und machen vorwärts, damit Sie möglichst schnell den Match zu Ende schauen gehen können. Die nächste Stadtratssitzung ist für Montag, 30. August 2021 geplant. Ich hoffe ganz fest, dass wir uns dann wieder in der Mühle treffen können, weil dieser Saal hier dann eventuell besetzt ist. Ich wünsche Ihnen allen eine ganz gute, schöne Sommerpause mit möglichst wenig Gewittern, gute Erholung und wir sehen uns. Kommen Sie gut nach Hause.